

Einheit und Widerspruch  
Theoretisches und Diskussionsorgan der Partei der Arbeit Österreichs

Heft 7 – Mai 2019

# Impressum

Partei der Arbeit Österreichs (PdA)

[pda@parteiderarbeit.at](mailto:pda@parteiderarbeit.at)

[www.parteiderarbeit.at](http://www.parteiderarbeit.at)

Bennoplatz 6/Eingang Bennogasse 7

1080 Wien

© bei den Autoren

Wien, 2018

Eigenverlag

Herstellung: Frick Kreativbüro & Onlinedruckerei e.K., Krumbach

# **Einheit und Widerspruch**

---

**Theoretisches und Diskussionsorgan  
der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)**

---

**Heft 7 – Mai 2019**





# Inhalt

- 7 Editorial  
*Von Dominik Maier für die Redaktion*
- 11 Bericht der PdA an das 20. Internationale Kommunistische Treffen  
*Partei Vorstand der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)*
- 19 Ein paar Worte zur EU  
*Von Tibor Zenker*
- 22 EU: Union im Interesse des Großkapitals  
*Von Jean-Marie Jacoby, Kommunistische Partei Luxemburgs (KPL)*
- 26 Die EU-Wahl aus schwedischer Sicht  
*Von Andreas Sörensen, Kommunistische Partei Schwedens (SKP)*
- 35 Für ein Europa des Sozialismus!  
*Aufruf kommunistischer und Arbeiterparteien für die Europawahlen 2019*
- 42 100 Jahre Kommunistische Internationale – Zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der kommunistischen Weltbewegung  
*Von Tibor Zenker*
- 61 Keine Formel für die Ewigkeit – Bündnisstrategien im Wechsel kapitalistischer Verhältnisse  
*Von Gerfried Tschinkel*
- 90 Sorge(arbeit) als Kristallisationspunkt der kapitalistischen Widersprüche? – Überlegungen zu Potentialen in der Arbeit in den Massen  
*Von Marie Jaeger*



# Editorial

*Von Dominik Maier für die Redaktion*

Laut Lenin sind „die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär“. Anlässlich der diesjährigen EU-Wahl hat der Parteivorstand für diese Ausgabe der Einheit und Widerspruch den Schwerpunkt auf die Charakterisierung und Analyse der EU gelegt.

Den Anfang macht ein von 35 kommunistischen und Arbeiterparteien Europas unterzeichneter Aufruf, der sich direkt an die europäischen Völker richtet. Das arbeiter- und volksfeindliche Wesen der EU wird dargelegt und insbesondere betont, dass der gemeinsame Kampf gestärkt werden muss, welcher die Bedingung für ein Europa des Sozialismus sei.

Der stellvertretende PdA-Vorsitzende Tibor Zenker fasst in seinem Beitrag die Rolle der EU zusammen, wie sie es aufgrund ihres Charakters als imperialistisches Bündnis auch gar nicht anders sein kann und betont, „dass es eine Illusion ist, die EU in eine positive Richtung zu transformieren“.

Jean-Marie Jacoby von der Kommunistischen Partei Luxemburgs teilt diese Ansicht und geht in seinem Beitrag weiters auf die Rolle von Freihandelsabkommen und Migration ein. Die Beseitigung der Fluchtursachen sei nur jenseits der EU möglich.

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Schwedens Andreas Sörensen erörtert die Hintergründe der Kandidatur seiner Partei zu den diesjährigen EU-Wahlen. Die Teilnahme an bürgerlichen Wahlen sei für Kommunisten generell keine Frage der Demokratie, sondern des Pragmatismus. Er betont, dass dies im Falle der EU-Wahlen gleichermaßen gilt wie auf allen anderen Ebenen der bürgerlichen Demokratie; Sörensen legt dar, weshalb die Argumente für einen Boykott

der EU-Wahlen zurückzuweisen seien. Ebenso widerlegt er die Ansicht, die Existenz der EU würde die nationale Frage modifizieren: „Die Allianzen der Kapitalisten und Imperialisten schränken nicht die Selbstbestimmung der Nationen ein, sondern verstärken die Positionen der Kapitalisten gegen andere imperialistische Zentren wie auch gegen die Arbeiter der eigenen Nation“.

Vom EU-Schwerpunkt abgesehen finden sich in diesem Heft noch drei weitere Artikel. Tibor Zenker zeichnet anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Gründung der Komintern ihre Geschichte sowie die folgenden Formen der internationalen Organisierung kommunistischer Parteien nach. Die KPÖ, in deren revolutionärer Tradition die PdA steht, war von Anfang an mit dabei, ja ihr Delegierter Karl Steinhardt war es, der beim ersten Kongress den Antrag einbrachte, dass es um die unmittelbare Schaffung der Komintern gehen müsse. Zenker stellt kurz die wesentlichen Beschlüsse der insgesamt sieben Weltkongresse der Komintern vor und geht auf die Umstände ihrer Auflösung 1943 ein: Es sei auch um ein „Zugeständnis an die Westalliierten“ gegangen. In weiterer Folge haben sich andere, losere Formen der internationalen Zusammenarbeit gebildet, etwa das Kominform-Büro oder nach der Konterrevolution die Internationalen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien sowie die Europäische Kommunistische Initiative, die beide von der Griechischen Kommunistischen Partei (KKE) initiiert wurden und an denen die PdA teilnimmt.

Gerfried Tschinkel schließt an die Debatte über die Frage einer anti-monopolistischen Demokratie als Übergangsphase zum Sozialismus, fasst zu diesem Zweck kurz die gängigen Positionierungen zusammen, geht auf das Verhältnis von Politik und Ökonomie sowie die Rolle des Staates ein und argumentiert auf Basis dessen, dass die „ökonomischen und politischen Voraussetzungen“ der anti-monopolistischen Demokratie heute nicht mehr vorhanden sind. Weiters wird das Verhältnis des Finanzkapitals zu den Kleinunternehmen sowie zum Staat unter den konkreten heutigen Bedingungen dargestellt und Überlegungen zu Bündnisoptionen angestellt.

Marie Jaeger möchte mit ihrem Beitrag eine Debatte über Ansatzpunkte des politischen Kampfes im Bereich der Sorgearbeit anstoßen, welche „alle Bereiche [umfasst], in denen Arbeit vom Menschen am Menschen und mit dem Menschen stattfindet“. Zu diesem Zweck werden Momente des Wandels in der Sorge und Sorgearbeit im gegenwärtigen Kapitalismus dargelegt, ebenso wie die besondere Rolle der Sorgearbeit sowie die Bedeutung dieser besonderen Rolle für die Initiierung und Stärkung von Arbeitskämpfen. Die PdA habe als klassenorientierte Kraft ein Vakuum zu füllen.



# Bericht der PdA an das 20. Internationale kommunistische Treffen

*Bericht der PdA an das 20. Internationale Treffen Kommunistischer und Arbeiterparteien, Athen, 23.-25. November 2018*

## Bericht zur Entwicklung in Österreich und zur Tätigkeit der Partei der Arbeit

In den vergangenen zwölf Monaten seit dem 19. Internationalen Treffen Kommunistischer und Arbeiterparteien war die politische Entwicklung in Österreich maßgeblich durch den Antritt einer neuen Bundesregierung geprägt: Seit Dezember 2017 amtiert die Regierung von Bundeskanzler Sebastian Kurz, eine Koalition aus rechtskonservativer Volkspartei (ÖVP) und rechtsextremer Freiheitlicher Partei (FPÖ), die sich seit der Nationalratswahl vom Oktober 2017 auf eine Parlamentsmehrheit stützen kann. Damit wurde eine zehnjährige Periode beendet, in der die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) eine Regierungskoalition mit der ÖVP angeführt hatte.

Während 45 der 73 Jahre seit dem Ende des Zweite Weltkrieges war die „große Koalition“ aus SPÖ und ÖVP Normalität in Österreich, denn sie spiegelte das sozialdemokratische Konzept der angeblichen „Klassenharmonie“ und das Machtssystem der „Sozialpartnerschaft“ wider. Dies bedeutete, dass sich die beiden Großparteien Österreich regelrecht aufgeteilt haben, womit die SPÖ direkt ins staatsmonopolistische System integriert und selbst kapitalistische Teilhaberin geworden war. Auf diese Weise – indem sie den Klassenkampf lahm legte und die Gewerkschaften ruhig stellte – wurde die SPÖ zur zentralen sozialen Stütze des Kapitalismus in Österreich. Diese Defensive des Kapitals, die über Jahrzehnte auch einen sozialen Wohlfahrtsstaat ermöglichte, war freilich der Existenz der Sowjet-

union und sozialistischer Staaten direkt vor der Haustür Wiens bis 1989/90/91 geschuldet.

Heute ist das österreichische Kapital nicht mehr auf die Kollaboration der Sozialdemokratie und des von ihr geführten Gewerkschaftsbundes (ÖGB) angewiesen. In den letzten 25 Jahren wurde der Großteil des staatlichen Eigentums bereits privatisiert und das Sozial-, Gesundheits- und Pensionssystem zurückgefahren. Nun, da diese Bereiche quasi „sturmreif“ sind, geht die neue bürgerliche Regierung in die Schlussoffensive.

Die Regierung hat u.a. den 12-Stunden-Arbeitstag wieder eingeführt, der 1918 in Österreich abgeschafft worden war – zunächst nur auf Basis „freiwilliger“ Vereinbarungen auf Betriebsebene und in konkreten Fällen, jedoch wird dies nur der erste Schritt in Richtung einer allgemeinen Nivellierung sein. Das bedeutet zwar nicht, dass alle Lohnarbeiter tatsächlich wieder zwölf Stunden arbeiten müssen, aber dass z.B. Überstundenzuschläge nicht mehr bezahlt werden müssen.

Ein anderer Angriff des Kapitals betrifft z.B. die Selbstverwaltung der Arbeitnehmer im Bereich der Sozial- und Gesundheitsversicherung. Waren hier bisher Vertreter aus den Gewerkschaften und der Arbeiterkammer (AK) maßgeblich, so übernehmen nun Vertreter des Kapitals, der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung die Macht. Gleichzeitig kommt es zu einer massiven Budgetkürzung in diesem Bereich.

Neben weiteren reaktionären Konterreformen, etwa bei der Kürzung der sozialen Mindestsicherung, Anspruchsreduzierungen bei der Versicherungsleistung Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe, Verschlechterungen im Bildungsbereich oder Kompetenzüberschreitungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk ORF, muss man auch über die bewaffnete Staatsmacht sprechen: Sowohl Polizei als auch Armee sind nun in der Hand der rechtsextremen FPÖ, ebenso alle österreichischen Geheimdienste, inklusive des Verfassungsschutzes. Im Bereich des letzteren kam es bereits zu ersten personellen Säuberungsaktionen, um künftig das Hauptaugenmerk weg vom Faschismus und Rechts-

extremismus, hin zum politischen Islam und in weiterer Folge zum „Linksextremismus“ zu bringen. Das Budget des Bundesheeres wird aufgestockt, u.a. werden neue Kampfflugzeuge und Hubschrauber beschafft. Zur potenziellen Aufstands- und Demonstrationsbekämpfung wird bei der Polizei jedes Einsatzfahrzeug mit einem neuen Armee-sturmgewehr ausgestattet, für Wien wird eine berittene Polizei eingeführt, was nur auf den ersten Blick skurril anmutet. In Wirklichkeit werden die Repressionsmöglichkeiten ausgeweitet, da die Regierung mit außerparlamentarischem Widerstand rechnet. Es ist davon auszugehen, dass wir in Zukunft vermehrt von polizeilicher, juristischer und geheimdienstlicher Überwachung, Verfolgung, Behinderung und Unterdrückung betroffen sein werden.

Im internationalen Bereich soll man sich von der österreichischen Regierung nicht täuschen lassen: Trotz wiederholter EU-Kritik, trotz der Annäherung an die Visegrád-Gruppe und trotz verhältnismäßig guter Beziehungen zu Russland besteht kein Zweifel, dass die Regierung zu 100 Prozent das Projekt eines imperialistischen, deutsch geführten EU-Blocks unterstützt. Zweifellos ist das österreichische Kapital auch darauf angewiesen: Der österreichische Imperialismus braucht das Vehikel EU (und z.T. die NATO), um seine außenpolitischen und ökonomischen Interessen umzusetzen. Dies betrifft insbesondere die weitere wirtschaftliche Expansion in Ost- und Südosteuropa, die Integration des „Westbalkans“, aber auch die militärischen Okkupationen im serbischen Kosovo und in Bosnien-Herzegowina, an denen die österreichische Armee beteiligt ist. Die österreichischen Banken und Versicherungen (Raiffeisen/Uniq, Erste Bank, Wiener Städtische etc.), der Telekom-Konzern A1, der Stahlkonzern Voestalpine, der Öl- und Gaskonzern OMV, die Baukonzerne STRABAG und Porr, der Baustoffkonzern Wienerberger, der österreichisch-europäische Teil des Fahrzeugkonzerns Magna oder die großen Agrarkonzerne (z.B. Agrana) sind überall in Mittel- und Osteuropa präsent, teilweise mit marktbeherrschenden Positionen.

Die österreichische Regierung hat momentan noch zwei Asse im Ärmel, die sie nach Belieben hervorzieht. Einerseits ist die wirtschaftli-

che Entwicklung noch positiv: Das Wachstum liegt über 3 Prozent, die Inflationsrate ist niedrig, sogar die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen – allerdings wird für die kommenden Jahre eine gegenteilige Tendenz erwartet. Zum anderen zaubert die Regierung immer wieder die Themen Migration/Asyl und Sicherheit hervor, um von ihren arbeiter- und volksfeindlichen Maßnahmen abzulenken, was ihr mit Hilfe der großen Medienkonzerne auch gelingt.

Die parlamentarische und etablierte Opposition ist erstaunlich schwach. Die Sozialdemokratische Partei und der Gewerkschaftsbund suchen nach Führungswechseln noch nach ihrer Linie: Zumeist werden echte Kampfmaßnahmen abgelehnt und der Weg von Verhandlungen und Kompromissen mit der Regierung forciert, was natürlich nutzlos ist. Letztlich will die SPÖ nur eines, nämlich unbedingt wieder zurück in die Regierung – innerhalb der Partei ist lediglich umstritten, mit wem man künftig koalieren soll, wobei sich eine Öffnung Richtung FPÖ abzeichnet. Die liberale Partei NEOS ist eine markt-radikale Partei, die dem Wirtschafts- und Sozialabbauprogramm der Regierung eigentlich zustimmt und nur punktuelle gesellschaftspolitische Kritikpunkte hat. Die Grünen haben 2017 den Wiedereinzug in den Nationalrat verpasst und kämpfen, trotz regionaler Erfolge, um ihr Überleben – sie wollen zurück ins bundesweite Parlament und ebenfalls in eine Regierung, koste es, was es wolle. Zu guter Letzt ist auch der grüne Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der bei seiner Wahl 2016 noch als „Gewährsmann gegen rechts“ kandidiert hatte, kein ernsthafter Gegenpol zur Regierung – er beschränkt sich auf gelegentliche moralische Appelle und sorgt sich in erster Linie um die EU. Vor diesem Hintergrund ist es für die Regierung verhältnismäßig einfach, ihre Agenda ungehindert umzusetzen.

In der außerparlamentarischen Opposition dominieren oft sozialdemokratische sowie grüne Jugend- und Vorfeldorganisationen. Auch deren Primärziel ist es, die eigenen Parteien (wieder) in die Regierung zu bringen, um eine angebliche Wende zu ermöglichen. Hierfür soll mitunter die gesamte, durchaus vorhandene und unterschiedlich zusammengesetzte Protestbewegung instrumentalisiert und qua-

si hinter der führenden Sozialdemokratie versammelt werden. Und die rosa-grünen und zivilgesellschaftlichen Proponenten lassen sich häufig von der Regierung ablenken: Oft wird lediglich propagiert, man müsse die fremdenfeindliche und rassistische Regierung, die angeblich „europafeindliche“ oder gar „faschistische“ FPÖ bekämpfen, während die imperialistischen, ökonomischen und sozialpolitischen Zusammenhänge dahinter übersehen, vernachlässigt oder bewusst ausgeblendet werden. Trotzdem war es in den vergangenen Monaten möglich, bemerkenswerte Protestmaßnahmen und Kundgebungen zu organisieren, die größte davon – eine ÖGB-Demonstration gegen den 12-Stunden-Tag – brachte über 200.000 Menschen in Wien auf die Straße.

Die Partei der Arbeit Österreichs (PdA) beteiligt sich an vielen Protestaktionen – in der Regel gemeinsam mit der Kommunistischen Jugend (KJÖ), dem Kommunistischen Studierendenverband (KSV), der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative (KOMintern) sowie Migrant\*innenorganisationen aus dem türkischen-kurdischen Bereich –, sie ist aber natürlich zu jung und noch zu schwach, um maßgeblichen Einfluss zu nehmen. Unsere Kräfte und Ressourcen reichen aus, um auf der Straße sichtbar zu sein, um in Betrieben, Ausbildungsstätten und Bildungseinrichtungen gehört bzw. gelesen zu werden, aber dies geschieht im überschaubaren Rahmen gemäß unseren realen Möglichkeiten. Die Medien nehmen natürlich kaum Notiz davon, von einer wirklich bundesweiten Aktivität kann keine Rede sein.

Die PdA befindet sich seit ihrer Gründung im Jahr 2013 nach wie vor im weiteren Aufbau. Die regionalen und lokalen Strukturen müssen gefestigt werden, der Aktivistenpool muss größer werden, wenn gleich die Mitgliederzahl durchaus steigt. Am 17. Februar 2018 fand in Wien der 3. Parteitag der PdA statt. Der Kongress befasste sich mit den Unzulänglichkeiten unserer Organisation und unserer Tätigkeit und brachte diverse Verbesserungsmaßnahmen auf den Weg. Der neu gewählte Parteivorstand, wiederum unter dem Vorsitz von Otto Bruckner, bemüht sich um handlungsfähigere Leitungsgremien sowie zweckmäßige Strukturen vor Ort.

Durchaus können wir auch von einigen Erfolgen berichten: Unsere Printmedien erscheinen regelmäßig, dies betrifft das Zentralorgan „Arbeiter/innen-Zeitung“ sowie unser theoretisches Organ „Einheit und Widerspruch“. Es ist uns gelungen, eine kontinuierliche Veranstaltungs- und Schulungsarbeit umzusetzen, im heurigen Jahr mit dem inhaltlichen Schwerpunkt „100 Jahre kommunistische Bewegung in Österreich“. Zu diesem Thema wurden in den meisten Bundesländern gemeinsam mit der KJÖ regionale Events veranstaltet, am 3. November 2018 folgte die zentrale Veranstaltung in Wien mit politischen Reden und kulturellen Beiträgen unter internationaler Beteiligung. Nach den erfolgreichen Veranstaltungen, die im Vorjahr auf ähnliche Weise zum Thema „100 Jahre Oktoberrevolution“ abgehalten wurden, war dies abermals ein aufwendiges Unterfangen.

Es ist uns auch gelungen, zu den wichtigsten Anlässen und den großen Kundgebungen – aus aktuellen oder historischen, nationalen oder internationalen Gründen – auf der Straße zu sein, sei es in Bündniskonstellationen oder alleine – und dies in verschiedenen größeren Städten wie Wien, Linz, Salzburg oder Innsbruck. Wie in den vergangenen Jahren war auch heuer wieder unsere internationalistische Demonstration zum 1. Mai in Wien ein erfolgreicher Fixpunkt, wobei 2000 Menschen an der Kundgebung und über 4000 Menschen am danach folgenden Fest teilnahmen.

Im internationalen und bilateralen Bereich konnten wir unsere Beziehungen ausweiten und vertiefen: Im Laufe der letzten zwölf Monate konnten wir in Österreich Vertreter der Kommunistischen Partei Griechenlands, der Kommunistischen Partei (Italien), der Sozialistischen Arbeiterpartei Kroatiens, der Neuen Kommunistischen Partei Jugoslawiens sowie der Botschaft der Republik Kuba zu Gesprächen begrüßen. Am Rande des WBDJ-Treffens für Europa und Nordamerika, das im Juli 2018 in Wien stattfand, ergab sich auch die Gelegenheit, sich mit Vertretern der Kommunistischen Partei der Türkei, der Kommunistischen Partei Kanadas und anderen auszutauschen. Umgekehrt nahmen Vertreter der PdA an der internationalen Prager Theoretisch-politischen Konferenz der Kommunistischen Partei Böh-

mens und Mährens sowie am UZ-Pressesfest der Deutschen Kommunistischen Partei in Dortmund teil. Außerdem waren unsere Repräsentanten am Europäischen Kommunistischen Treffen und auf der Generalversammlung der Europäischen Kommunistischen Initiative zugegen, deren Erklärungen wir immer der deutschsprachigen Bevölkerung Europas zur Kenntnis bringen. Zu zwei Anlässen haben wir gemeinsame Stellungnahmen mit anderen Parteien verfasst und veröffentlicht, nämlich einerseits mit der Deutschen Kommunistischen Partei anlässlich des 80. Jahrestages der Okkupation und Annexion Österreichs durch das faschistische Deutschland im März 1938, andererseits mit der Sozialistischen Arbeiterpartei Kroatiens anlässlich des jährlichen Ustascha-Treffens in Kärnten. Darüber hinaus stehen wir mit vielen Parteien auf der ganzen Welt in regelmäßigem Kontakt, eine Vielzahl von Grußbotschaften erreichte unseren 3. Parteitag, wie wir auch umgekehrt in Sinne des Internationalismus und der Solidarität anderen Parteien unsere schriftlichen Grüße und Glückwünsche übermitteln konnten.

Gegenwärtig arbeiten wir an einer besonders wichtigen und schwierigen Herausforderung: In den kommenden Monaten finden, nach Bundesländern getrennt, die Wahlen zur österreichischen Arbeiterkammer (AK) statt, der gesetzlichen Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten in Österreich in Form eines „Arbeiterparlaments“. Mit unserem Gewerkschaftsbündnis Kommunistische Gewerkschaftsinitiative – International (KOMintern) sind wir bislang mit zwei Mandaten in der AK vertreten. Bei den anstehenden Neuwahlen wird es darum gehen, diese Sitze zumindest zu verteidigen, im Idealfall aber zu vermehren. Unser Fokus liegt auf den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Tirol. Ein Erfolg bei diesen Wahlen ist aus propagandistischen, organisatorischen und auch finanziellen Gründen von höchster Relevanz für unsere weitere Tätigkeit.

Doch die PdA ist keine Wahlpartei und keine Partei der bloßen Sozialreform, die eine „linke“ Kapitalismusverwaltung anstrebt. All' ihre Tätigkeiten sind auf das strategische Ziel der kommunistischen Bewegung gerichtet. Die Aufgabe der PdA ist es daher, sich als marxis-

tisch-leninistische Kampfpartei der österreichischen Arbeiterklasse zu etablieren. Wir müssen die Verbindung mit den Massen herstellen, mit der Klasse und in der Klasse aktiv sein, wir müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen umfassend aufklären, sie in ihren Aktivitäten unterstützen, ihnen Hilfestellungen geben, sie schulen und bilden, sie organisieren und ihnen Strukturen anbieten. Wir müssen sozialistisches Bewusstsein wecken, die Aktivisten mit dem Marxismus-Leninismus in Theorie und Praxis vertraut machen und die fortgeschrittensten Teile der Klasse in die Partei integrieren. Auf dieser Grundlage kann die Partei an Einfluss und Stärke gewinnen, und gleichzeitig kann sie dazu beitragen, die Arbeiterklasse kampffähig und kampfbereit zu machen – für ihre Tages-, spezifischen und allgemeinen Interessen, schlussendlich für das Ziel der Überwindung des Kapitalismus und des Aufbaus des Sozialismus. Wir bekämpfen die rechtskonservativ-rechtsextreme Regierung nicht, damit eine andere kapitalistische Regierung, ob mit oder ohne Sozialdemokratie, an ihre Stelle tritt, sondern um die Arbeiterklasse nachhaltig für den revolutionären Klassenkampf zu mobilisieren und zu organisieren. Dies ist eine schwierige und langwierige Aufgabe, bei der die PdA noch relativ am Anfang steht. Doch die Erfüllung dieser Aufgabe ist unerlässlich, wenn wir das Monopolkapital stürzen und eine Welt ohne Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg – die Welt des Sozialismus und Kommunismus – erreichen wollen.

# Ein paar Worte zur EU

*Eingangsstatement von Tibor Zenker, stv. Vorsitzender der Partei der Arbeit Österreichs (PdA), bei der Podiumsdiskussion zum Thema „Ist EUropa noch zu retten?“ im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Wien, 1. März 2019*

Wird die Frage „Ist EUropa noch zu retten?“ richtig gelesen, so geht es vor allem um die Gegenwart und Zukunft der so genannten „Europäischen Union“. Die EU ist eine multinationale Organisation, die auf entsprechenden internationalen und Staatsverträgen beruht und ca. 40% der Fläche Europas erfasst. Der weitaus größere Teil Europas – und auch die Hälfte der europäischen Staaten – liegen außerhalb der EU. Die Gleichsetzung EU = Europa ist daher im Idealfall infantiler Unsinn oder im negativen Fall bewusste PR-Manipulation. Und der oft gehörte Satz, jemand sei überzeugter Europäer, ist grundsätzlich eine Nullaussage, weil simples geografisches Faktum. Was man freilich tatsächlich damit aussagt, werden wir später sehen.

In der EU befinden sich nun 28, mit dem Ausscheiden Großbritanniens nur noch 27 Staaten bürgerlich-demokratischer Verfasstheit und auf kapitalistischer Grundlage. Darunter sind einige der größten, politisch, wirtschaftlich und militärisch mächtigsten kapitalistischen Staaten Europas bzw. sogar der Welt, die man als imperialistisch bezeichnet und die eine gewisse Führungsrolle innehaben. Wenn sich imperialistische Staaten zusammentun, um gemeinsame Interessen durchzusetzen, dann werden dies wiederum imperialistische Interessen sein, und keine anderen.

Die ureigensten Aufgaben der EU als imperialistisches Bündnis sind daher:

1. die kapitalistische Ausbeutung, d.h. die Profitmaximierung zu optimieren,
2. die Macht des Monopolkapitals, d.h. der großen Banken und Konzerne abzusichern,

3. die Interessen der beteiligten kapitalistischen Staaten und Konzerne möglichst global durchzusetzen, gegenüber der „Dritten Welt“ sowie gegenüber Konkurrenzimperialismen: politisch, diplomatisch, ökonomisch und im Zweifelsfall auch militärisch.

Und 4. soll die EU alles unterbinden und unterdrücken, was diese Ordnung untergräbt, bekämpft oder gar ernsthaft gefährden könnte, somit jegliche emanzipatorische Ansätze und Bewegungen, v.a. natürlich antikapitalistische und antiimperialistische, sozialistisch-kommunistische.

Herunter gebrochen ist die EU der Brandbeschleuniger für Sozialabbau, Privatisierungen, Marktliberalismus, Lohndumping, Arbeitsdruck, Arbeitslosigkeit und Pensionsraub, für politische Repression, Überwachung, Aufrüstung, Militarismus und Kriegstreiberei sowie eine menschenfeindliche Fremdenpolitik. Und das und nichts Anderes ist es, wozu sich die „überzeugten Europäer“ tatsächlich, *no-lens-volens*, bekennen, ob es ihnen bewusst ist oder nicht.

Umgekehrt ist damit auch gesagt, was die EU nicht ist: Sie ist nicht demokratisch, sie ist nicht sozial, sie ist nicht solidarisch, sie ist nicht friedensfähig. Das kann sie auch gar nicht sein, denn einen solchen Imperialismus gibt es nun einmal nicht. Damit ist auch gesagt, dass es eine Illusion ist, die EU in eine positive Richtung transformieren zu wollen – sie ist nicht in eine progressive, pazifistische, gar sozialistische Richtung zu reformieren, genauso wenig wie der bürgerliche Nationalstaat, der keineswegs durch die EU überwunden wird, sondern bekanntlich nur durch die soziale Revolution der Arbeiterklasse und das Gemeinwesen der als herrschende Klasse organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter aufzuheben ist.

Die EU ist also ein Werkzeug, ja eine Waffe, die das europäische Kapital, v.a. das deutsche und französische, die der EU-Imperialismus gegen die Völker der Welt und gegen die Arbeiterklasse benützt. Das ist ihr unveränderlicher Klassencharakter, ihr substanzieller Wesensinhalt. Und deshalb muss die EU aus Sicht der revolutionären Arbeiterbewegung, aus sozialistisch-kommunistischer Sicht, überwunden

werden. Sie muss zerschlagen werden, um sich von dieser Fessel des Kapitalismus und Imperialismus zu befreien.

Damit ginge freilich noch keine Befreiung vom Kapitalismus selbst einher, deswegen vertreten wir eine Anti-EU-Position, die natürlich in eine weiterführende revolutionäre Strategie eingebettet ist, die auf den Sozialismus gerichtet ist, auf eine Gesellschaft ohne Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg.

Doch zunächst und grundsätzlich gilt: Wer Europa im Sinne der Menschheit retten will, muss es vor der EU retten.

# **EU: Union im Interesse des Großkapitals**

*Von Jean-Marie Jacoby, Mitglied der Kommunistischen Partei Luxemburgs (KPL) und Redakteur der „Zeitung vom Lëtzebuurger Vollek“.*

Nie war die sogenannte „Europäische Union“, egal wie die Vorgänger gerade hießen, eine „Friedensunion“, nie stand sie für ganz Europa. Schließlich gehören die europäischen Hauptstädte Moskau, Minsk, Bern oder Belgrad nicht zu den EU-Mitgliedsstaaten!

Begonnen hat es mit der Montanunion, deren Gründungsvertrag am 18.4.1951 von Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und Westdeutschland unterschrieben wurde. Die Verhandlungen dafür wurden unter dem Eindruck des Koreakriegs beschleunigt, wo ab dem 25.6.1950 die nordkoreanischen Truppen nach Süden vorrückten. Es ging dabei sehr wesentlich um das Einbinden der westdeutschen Kohle- und Stahlindustrie in die Kriegsanstrengungen der USA und ihrer Alliierten. Die Ratifizierung gelang schnell und die Union trat am 23.7.1952 in Kraft. Gleichzeitig liefen die Verhandlungen für die Verwirklichung des Pleven-Plans für eine „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ mit einer Armee unter Führung eines „europäischen Verteidigungsministers“. Nach dem Vorschlag des französischen Premiers René Pleven vom 24.10.1950 kam es schon am 27.5.1952 zur Vertragsunterzeichnung derselben Staaten wie bei der Montanunion. Allerdings scheiterte die Ratifizierung an der französischen Nationalversammlung am 30.8.1954. Schon am 23.10.1954 folgte daraufhin die Gründung der „Westeuropäischen Union“ als Militärpakt der immer gleichen Staaten, wobei die Ratifizierung schon am 5.5.1955 durch war. Erst am 25.3.1957 folgte die Gründung der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“. Die Militärunion stand demnach vor der Wirtschaftsunion, und sie ging 2010 in der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ der EU auf.

Die EU-Kommission ist laut Lissabon-Vertrag, der am 1.12.2009 in Kraft trat und der neben einer Rüstungsagentur eine Aufrüstungsverpflichtung enthält, zur „Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und bei den ausländischen Direktinvestitionen“ (Art. 206) verpflichtet. Eine Mitwirkung nationaler Parlamente bei Freihandelsverträgen ist gar nicht mehr vorgesehen; sie kriegen nur noch sogenannte „gemischte Verträge“, die über reine Handelsangelegenheiten hinausgehen, zur Ratifizierung vorgelegt. Die EU-Kommission war so gnädig, den Freihandelsvertrag CETA („Comprehensive Economic and Trade Agreement“) mit Kanada doch noch durch die Parlamente der Mitgliedsländer ratifizieren zu lassen, um zumindest jene Opponenten, die immer noch vom „sozialen Europa“ mit dem Vorsichtsprinzip träumen, zu beruhigen. Das hat so wunderbar funktioniert, dass kaum noch wer mitbekam, dass mit Japan ein weiterer Freihandelsvertrag ausgehandelt worden ist: JEFTA („Japan-EU Free Trade Agreement“). Der ist am 1.2.2019 in Kraft getreten, ohne dass es dagegen einen Aufstand wie bei CETA gegeben hätte. Dies ohne besser oder transparenter zu sein.

Allerdings kann der EU-Rat laut Artikel 188n des Lissabon-Vertrags beschließen, so einen Vertrag vor Abschluss der Prozedur schon einmal „vorläufig anzuwenden“, wenn er denn gnadenhalber von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten ratifiziert werden darf. Da keine Regelung vorgesehen ist, die vorläufige Anwendung wieder zurückzunehmen (wenn z.B. ein Parlament nicht ratifiziert), ist dieser Beschluss endgültig. So wurde erstmals mit den Freihandelsverträgen mit Peru und Kolumbien verfahren, die zum 1.8.2013 „vorläufig“ in Kraft traten; bis heute haben das nicht alle Mitgliedsstaaten ratifiziert: Das kratzt aber niemanden. Auch CETA ist so in Kraft gesetzt worden, und es interessiert in der EU niemanden, was die nationalen Parlamente wann machen oder lassen.

Auch die sogenannten „AKP-Partnerschaftsabkommen“ der EU mit Staaten aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik sind nichts anderes als Freihandelsverträge, aber ganz besonders gemeine. Sie erlauben der EU ihre Überschüsse aus Industrie und Landwirtschaft zollfrei zu den „Partnern“ zu exportieren. Damit werden lokale Produzenten, die mit

den Billigpreisen der Überschussproduktion nicht mithalten können, aus dem Markt geworfen. Sie werden arbeits- und einkommenslos, was sich in Migration niederschlägt. Denn umgekehrt sind nur Rohstoffe, egal ob sie aus dem Boden oder der Landwirtschaft stammen, zollfrei. Auf verarbeiteten Produkten wird sofort Zoll fällig. Damit wird eine Industrialisierung mit Verarbeitungsstrukturen verhindert, die mehr Arbeit und Einkommen vor Ort schaffen könnte.

Es ist wichtig, die Natur der EU als Bündnis imperialistischer Staaten zu erkennen, die sich zusammengeschlossen haben, um anderen Staaten ihren Willen aufzuzwingen – egal ob es um Rohstoffe oder den „freien Zugang“ zu ihren Konsumenten und Märkten geht. Die EU ist dazu da, die Interessen des Großkapitals zu befördern, und sie ist sehr erfolgreich darin. Es ist eine Illusion zu glauben, aus einem Instrument zur Beförderung von Kapitalinteressen ein solches im Interesse der Lohnabhängigen machen zu können. Vergleichbar ist diese Illusion mit derjenigen von einem Kapitalismus „mit menschlichem Antlitz“: Es gibt keinen Kapitalismus, der nicht gut ist fürs Kapital, dafür aber für die Schaffenden. Es sei daran erinnert, was Karl Marx in „Die Pariser Kommune“ schreibt: „Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen.“ Das gilt auch für die EU, schließlich wird auch niemand zum Hammer greifen, um Schrauben aus der Wand zu drehen.

Wer Freihandelsverträge ablehnt, nicht aber die EU, greift zu kurz. Denn mit dem Ausverhandeln dieser Verträge tut die EU exakt das, für das sie geschaffen wurde. Noch so richtige Detailkritik übersieht was hinter dem Ganzen steht und verläuft sich daher in Illusionen. Übrigens wird jetzt gerade wieder an einem Freihandelsvertrag EU-USA gekurbelt, auch wenn einstweilen die Landwirtschaft dabei ausgeschlossen bleiben soll.

Ganz besonders schädlich wirken sich die sogenannten „AKP-Partnerschaftsabkommen“ aus, die in dieser Form nie hätten abgeschlossen werden dürfen. Damit Entwicklungshilfe nicht im karitativen Wohltätigkeitsbereich versandet ohne zu Entwicklung in diesen Län-

dern zu führen, müssen sie beseitigt werden. Diese Länder können ihre Lebensmittelsoveränität nur zurückgewinnen, wenn sie ihre Landwirtschaft schützen und gleichzeitig eine verarbeitende Industrie aufbauen. Dazu aber müssen sie die Möglichkeit kriegen, nicht nur Rohstoffe zollfrei in die EU exportieren zu dürfen.

Ziel einer fortschrittlichen Politik muss es sein, dass es überall ein menschenwürdiges Auskommen gibt und niemand seine Heimat verlassen muss, um sich satt essen zu können. Das aber spielt es nicht mit der EU!

Fallen die Ursachen, die zur Migration führen, nicht weg, nimmt diese zu und nicht ab. Das umso mehr, als das Großkapital in der EU davon in mehr als einer Hinsicht profitiert. Mit den Menschen, die im arbeitsfähigen Alter in die EU kommen, sparen sich die Staaten alle Ausgaben, die Kinder so nach sich ziehen, bis sie erwachsen sind. Zudem können sie sofort als Lohndrücker und Reservearmee am Arbeitsmarkt eingesetzt werden, und weniger Lohn bedeutet automatisch mehr Profit fürs Kapital. Damit schließt sich der Kreis der von der „partnerschaftlichen“ Ausbeutung und der Verewigung des Zustands der Unterentwicklung bis zum Ausbeuten der Arbeitskraft der Migranten reicht und eine „win-win-Situation“ fürs Kapital darstellt, für die Betroffenen aber in jeder Hinsicht unmenschlich ist.

Unter kapitalistischen Bedingungen kann es daher nicht zu einer solidarischen Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker kommen, aber genau das braucht es, um zu einer menschengerechten Gesellschaft zu kommen – in ganz Europa und weltweit!

# Die EU-Wahl aus schwedischer Sicht

*Von Andreas Sörensen, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Schwedens (Sveriges Kommunistiska Parti, SKP)*

Zum ersten Mal treten die Kommunisten in Schweden bei der EU-Wahl an. Seit 1994, als Schweden ein Mitglied der Union wurde, haben die Kommunisten eine andere Linie verfolgt, teilweise aus Schwäche – es hat nicht genug Kraft für eine Kampagne gegeben –, und teilweise aus ideologischen Gründen. Jetzt aber treten wir an. Das bedeutet, dass wir stärker als früher sind und dass wir auch eine stärkere Analyse zur EU und EU-Wahl haben. In diesem Artikel werde ich die Analyse der Kommunistischen Partei Schwedens (SKP) vorstellen, sowohl zur EU als auch zur Wahlteilnahme.

Für Kommunisten ist die Teilnahme an den bürgerlichen Wahlen nicht hauptsächlich eine Frage der Demokratie, sondern eine Frage des Pragmatismus. So ist es, weil die bürgerlichen und kapitalistischen Parlamente nur eine Illusion von Demokratie sind. Die Macht, die man in den Staaten und Parlamenten finden kann, ist die Macht der Kapitalisten, organisiert, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse so effektiv wie möglich zu machen. Hier ist keine Demokratie zu finden und deshalb kann es für uns auch nicht eine Frage der Demokratie sein, bei den Wahlen mitmachen.

Der Pragmatismus äußert sich darin, dass wir die Möglichkeit bekommen, eine Wahlkampagne zu betreiben, was in Wahlzeiten sehr wichtig ist, weil die Menschen sich auch mehr für Politik interessieren. Es gibt uns auch die Möglichkeit, die ganze Partei auf einen Ziel auszurichten. Das führt dazu, dass es die Partei konsolidiert und zusammenführt.

Nach der Wahl können wir auch sehr genau unsere Unterstützung

einschätzen und messen. Wir können sehen, in welchen Gebieten und Stadtteilen wir die stärkste Unterstützung haben und unsere zukünftige Propaganda also noch effektiver machen. Die Teilnahme an den Wahlen gibt uns also Information und sofortiges Feedback zu unserer politischen Arbeit.

Wenn wir gewählt werden, öffnen sich noch weitere Möglichkeiten für unsere politische Arbeit. Wir wissen, dass wir den Kapitalismus weder organisieren noch administrieren wollen. Diese Arbeit überlassen wir den Opportunisten und Reformisten. Was uns dann bleibt, ist die Ausnützung der parlamentarischen Versammlungen für revolutionäre Zwecke.

Das bedeutet konkret, dass wir innerhalb der Parlamente arbeiten, um die Partei zu stärken und die Arbeiterbewegung auf ein revolutionäres Fundament zu stellen. Die gewählten Kommunisten müssen in den Parlamenten so arbeiten, dass das Vertrauen des Volkes in den Staat und in das kapitalistische System geschwächt wird und endgültig bricht. Die gewählten Kommunisten müssen so arbeiten, dass sie die Administration des Kapitalismus erschweren, weil eine effektive kapitalistische Administration eine effektive Ausbeutung der Arbeiter ist.

Die Kommunisten in den Parlamenten müssen sehr vorsichtig sein, sodass sie keine Illusionen über die Möglichkeiten des Wohlfahrtsstaates oder den Raum für Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems schüren. Konkret heißt das:

- Die Widersprüche zwischen den Bedürfnissen der modernen Menschen und der politische Administration zu entlarven.
- Alle Illusionen über den Parlamentarismus und Kapitalismus zu entlarven und zu bekämpfen.
- Wiederaufbau der kommunistischen und revolutionären Arbeiterbewegung, in totaler Opposition gegen den Kapitalismus.
- Alle Parteien, die von links oder rechts den Kapitalismus schützen, entlarven und bekämpfen.

Dieses Verhalten steuert unsere parlamentarische Aktivität in allen Si-

tuationen. Wir machen keinen Unterschied zwischen den verschiedenen parlamentarischen Ebenen innerhalb des Kapitalismus, weil alle Ebenen sowieso Mittel sind für die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Expansion des Kapitals in den jeweiligen Ländern.

## **Der Teilnahme an der EU-Wahl**

Im schwedischen Kontext stellt jedoch die EU-Wahl ein komplizierteres Problem dar als die Wahlen zu den nationalen, regionalen und kommunalen Versammlungen. Es gibt hier eine Tradition des Boykotts in Bezug auf die EU-Wahl. Aus revolutionärer Sicht ist das ein Problem, weil es einfach nicht konsequent revolutionär ist.

Ich will hier die gewöhnlichsten Argumente gegen eine Teilnahme diskutieren, um zu zeigen, warum sie nicht auf einem revolutionären Grund stehen.

*Argument 1: Das Europaparlament hat keine Befugnisse und keine Macht.*

Ja. Dem Parlament fehlen gewisse Befugnisse, die unsere nationalen Parlamente haben. Das Parlament kann zum Beispiel nicht eigene Vorschläge machen, sondern nur auf die Vorschläge der EU-Kommission reagieren und sie ablehnen. Die Macht beim Europaparlament bleibt also begrenzt – aber was für eine Rolle spielt das eigentlich?

Man muss sich daran erinnern, dass, wenn es um die Macht im kapitalistischen Parlament geht, *wir sie sowieso nicht haben wollen!* Wir können nicht die Macht der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Parlamenten ausüben. Sie sind konstruiert, um die Macht der Kapitalisten durchzusetzen. Wenn wir uns in einer Position finden, wo wir nach der Macht in den kapitalistischen Parlamenten streben, haben wir schon verloren, weil wir uns in eine parlamentarische Partei, die auf Prozente und parlamentarische Mandate schaut, verwandelt haben.

Wir sind Revolutionäre. Unsere Pflicht ist, die Revolution zu machen. Um die Revolution machen zu können, müssen wir die Macht der Ar-

beiterklasse *unabhängig und in Opposition* zur kapitalistischen Macht aufbauen. Wenn wir die kapitalistischen Parlamente für diesen Zweck ausnützen können, machen wir das. Deshalb ist die Macht, die es in den heutigen Parlamenten gibt, nicht die wichtigste Frage.

*Argument 2: Wenn wir an der Wahl teilnehmen, legitimieren wir auch die EU.*

Ein anderes Argument, das man oft hört, ist, dass eine Teilnahme die EU als Institution legitimiert und Illusionen darüber erschafft, was die EU ist und macht. Wenn man an der Wahl teilnimmt, würde man also die EU akzeptieren.

Dieselbe Logik wird jedoch nicht bei den nationalen Parlamenten angewandt. Trotz der Tatsache, dass die nationalen Parlamente den Kapitalismus administrieren, genau wie das EU-Parlament (obwohl das EU-Parlament andere Befugnisse hat, aber das spielt hier keine Rolle), werden unsere Stellungnahmen in Bezug auf die Reichstagswahl nicht in Frage gestellt. Was bedeutet das?

Das kann nichts Anderes bedeuten, als dass man die verschiedenen Parlamente unterschiedlich einschätzt. Die nationalen Parlamente bekommen so eine andere Rolle – qualitativ gesehen – als die internationalen Parlamente. Durch den Boykott der EU-Wahl malt man also ein Bild von einem besseren nationalen Parlament, das nicht *so imperialistisch oder undemokratisch* wie das EU-Parlament ist.

Durch den Boykott der EU-Wahl und nicht die nationale Wahl legitimiert man also das nationale Parlament. Ein Boykott in der heutigen politischen Situation entwaffnet die Partei und die Bewegung und schützt den nationalen Kapitalismus.

*Argument 3: Eine rechte Politik ist im Grundgesetz der EU festgeschrieben.*

In Gegensatz wozu? Linke kapitalistische Politik? Wir sind nicht daran interessiert, kapitalistische Politik zu betreiben, weder linke noch rechte.

Die ganze Zeit stellt man eine rechte kapitalistische Politik einer linken kapitalistischen Politik gegenüber, was die kommunistische Bewegung in eine kapitalistische Politik einschließt. So werden die kommunistischen Parteien gelähmt und Mittel im Kampf zwischen kapitalistischen Fraktionen.

Eine dringende Pflicht der Kommunisten muss sein, nicht mehr zwischen den verschiedenen kapitalistischen Alternativen zu wählen und stattdessen eigene Alternativen vorzustellen. Wir müssen die Frage nach „dem kleinsten Übel“ hinter uns lassen und nicht eine kapitalistische Politik gegenüber einer anderen befürworten. Wir müssen immer die Systemfrage stellen: Wir wollen das ganze kapitalistische System mit dem sozialistischen System ersetzen. Darüber müssen wir uns sehr deutlich ausdrücken: An jedem Tag wächst der Unterschied zwischen dem, was wir heute haben, und dem, was wir hätten haben können im Sozialismus.

Deshalb ist es auch nicht wichtig, dass eine rechte Politik im Grundgesetz der EU festgeschrieben ist. Würde übrigens ein anderes Grundgesetz den Charakter der EU als imperialistisches Bündnis ändern?

Wir nehmen also an der EU-Wahl teil, weil wir eine konsequente revolutionäre Partei sind und deshalb auch eine revolutionäre Politik ausführen, die keine Illusionen über den Kapitalismus schafft, egal ob es die nationale oder internationale Ebene ist.

### **Wie schätzen wir die EU ein?**

Seit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist der Zweck der europäischen Integration die Stärkung der Macht der europäischen Monopole. In verschiedenen Entwicklungsetappen wurde die Zusammenarbeit zwischen den Kapitalgruppen Europas gestärkt und vertieft, und jedes Mal hat dies zu Verschlechterungen für die Völker Europas geführt.

Man hat einen großen Schritt genommen, als man nach der Konterre-

volution in Osteuropa die Ost-Expansion eingeleitet hat. Die Monopole Westeuropas sahen die Möglichkeit, diese Hälfte des Kontinents unter das Joch des Imperialismus zu werfen und die eigenen Profite zu steigern. Die Länder Osteuropas wurden aufgeteilt zwischen den großen Westmächten – auch Schweden hat hier einen Teil bekommen.

Vor allem deutsche, französische und italienische Banken, Industriebetriebe, Lebensmittelketten und Medien haben sehr schnell und aggressiv expandiert. Auch schwedische Banken und Industrieunternehmen haben vor allem ins Baltikum expandiert. Das hat zu riesigen Gewinne für die Monopole und riesigen Verlusten für die Völker geführt – und tut es immer noch.

Eine der wichtigsten Funktionen der EU ist die Erleichterung für die europäischen Monopole, neue Märkte zu gewinnen und Vorteile gegenüber Konkurrenten zu schaffen. Die Union erleichtert den Kapitalextort, öffnet neue Märkte und nimmt an der Neuaufteilung der Welt teil. Das macht die EU zu einem imperialistischen Zentrum und wie die internationale Konkurrenz intensiviert wird, werden auch neue Schritte in Richtung weitere Integration unternommen.

Nach außen hat die EU die Leitung des Kampfes der europäischen Monopole gegen andere imperialistische Zentren inne, innerhalb der EU leitet die Union den Kampf gegen die Arbeiter und Völker.

Mit Mindestlöhnen um ungefähr 400 Euro in den osteuropäischen Ländern, aber einem Preisniveau, die eher einem westeuropäischen Land entspricht, werden die Völker Osteuropas ärmer. Diese Situation zwingt Millionen Menschen, ihre Länder zu verlassen und ein Einkommen in einem anderen Land zu suchen. Die Folge ist, dass sie ihre Familie, Kultur, Sprache und Heimat verlassen müssen, um zynisch ausgebeutet zu werden, um die Steigerung der Profite der Monopole zu sichern.

Während die Gewinne der zehn größten Unternehmen in der EU dem Jahreseinkommen von mehr als 40 Millionen Arbeitern entsprechen, haben mehr als 16 Millionen Menschen in der EU gar keine Ar-

beit. Obwohl die so genannte „Europäische Säule der sozialen Rechte“ besagt, dass Frauen und Männer denselben Lohn für dieselbe Arbeit erhalten sollen, verdienen Frauen um 16 Prozent weniger als Männer, und obwohl diese Säule auch meint, dass „Beschäftigungsverhältnisse, die zu prekären Arbeitsbedingungen führen“, unterbunden werden sollen, haben 43 Millionen Menschen, die meisten davon Frauen, prekäre Teilzeitanstellungen.

Für die Völker und die Arbeiter in Europa gibt es keine andere Alternative als die Bekämpfung der EU.

### **Gibt es in Bezug auf die EU eine nationale Frage?**

Oft wird behauptet, dass die EU die nationale Selbstbestimmung Schwedens eingeschränkt hat, oder dass wir zuerst das Land von der EU befreien müssen und erst danach für den Sozialismus kämpfen.

Dagegen sagen wir eindeutig: Es gibt für Schweden keine nationale Frage in Bezug auf die EU. Eine solche Analyse würde die Klassengegensätze verstecken und die Nation als eine Einheit vorstellen. Es wäre eine nationalistische Analyse.

Die schwedische Nation ist seit Jahren – auf jeden Fall seit der Machtübernahme der Kapitalisten 1860 – völlig unabhängig. Es ist eine kapitalistische und imperialistische Nation, die an der Ausbeutung der armen Nationen und Völker der Welt teilnimmt. Als Schweden sich der EU anschloss, war dies möglich, *weil* die Kapitalisten die nationale Selbstbestimmung erreicht hatten. Es war den Kapitalisten Schwedens möglich, die schwedische Nation in die EU zu führen.

Dass gewisse Funktionen in Brüssel ausgeübt werden und nicht mehr in Stockholm, ist nicht das wichtigste, weil die schwedischen Kapitalisten *sowieso* diese Funktionen wollen. Es ist keine Einschränkung der Selbstbestimmung, sondern eine Taktik der Kapitalisten. Die Allianzen der Kapitalisten und Imperialisten schränken nicht die Selbstbestimmung der Nationen ein, sondern verstärken die Positionen der Kapitalisten gegen andere imperialistische Zentren wie auch gegen die

Arbeiter der eigenen Nationen.

Die Frage der EU bleibt so eine Klassenfrage, nicht eine nationale Frage. Deshalb stellen wir nicht die Frage nach der Selbstbestimmung der Nation, sondern die Frage nach *der Selbstbestimmung der Arbeiter innerhalb der Nation*.

Das führt uns weiter: Wir wollen die Macht in der Nation übernehmen. Wir wollen eine Nation in den Händen der Arbeiter. Das ist nichts Anders als Sozialismus. Es geht also nicht um die Macht der Nation, sondern um die Macht *in der Nation*.

### **Was ist unsere Alternative?**

Es ist unmöglich, die EU zu bekämpfen ohne eine sozialistische Perspektive. Wenn wir sagen, wir sind gegen die EU und befürworten einen Austritt aus der EU, sehen wir es nicht als einen Schritt auf dem Weg zum Sozialismus, sondern der Kampf gegen die EU ist ein Bestandteil des Kampfes gegen Kapitalismus und Imperialismus. Den einen Kampf kann man nicht vom anderen trennen.

Würden wir sagen, dass der Kampf gegen die EU eine Bedingung für den Kampf gegen den Kapitalismus ist, würden wir lügen und wir würden Illusionen schaffen.

Die EU ist nur ein Ausdruck des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium. Das bedeutet, dass die Mechanismen, die die EU geschaffen haben, immer noch existieren. Unser Angriffsziel an sich kann also nicht die EU, sondern muss das kapitalistische System sein. Wenn wir damit zufrieden wären, nur die EU anzugreifen, würden die Kapitalisten einfach andere Arten der Organisation finden, die den Interessen der Monopolgruppen entsprechen würden.

Die Frage lautet also nicht einfach: EU oder nicht, sondern: Sozialismus oder Kapitalismus?

Was wir machen müssen, ist, die Macht der Arbeiter zu stärken. Diese

Macht gibt es nicht in den Parlamenten – obwohl wir die Parlamente ausnützen können –, und wir können nicht diese Macht durch die kapitalistischen Institutionen ausüben. Dann würden wir die Ausbeutung legitimieren. Die Macht der Arbeiter gibt es in ihren eigenen Organisationen, im eigenen Alltag der Arbeiter und an den Arbeitsplätzen. Durch Organisation und Mobilisierung lernen die Arbeiter die Ausübung dieser Macht und sie lernen, dass sie ein kräftiges Mittel ist für die Erschaffung der Volksmacht.

Dort gibt es auch die Demokratie. Durch die eigenen Organe der Völker und Arbeiter können sie ihre eigene Demokratie ausüben, in Opposition zur Macht der Kapitalisten. Durch die Teilnahme an den täglichen demokratischen Prozessen wird eine wahre Demokratie gesichert – die Demokratie, die nur gegen die EU und das ganze kapitalistische System aufgebaut werden kann.

Notwendig ist auch die Überwindung der nationalistischen Illusionen vieler Linker. Es geht nicht um die Nation, sondern um die Arbeitermacht.

# Für ein Europa des Sozialismus!

*Aufruf kommunistischer und Arbeiterparteien Europas für die Europawahlen im Mai 2019: „Für die Stärkung des Kampfes der Arbeiter und Völker, gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Europäische Union – für ein Europa der Völker und des Sozialismus!“; deutsche Übersetzung: Partei der Arbeit Österreichs*

Arbeiterinnen und Arbeiter, Selbständige, Menschen in den Städten und auf dem Land, Frauen, Jugendliche, Pensionisten, Menschen mit Behinderungen!

Wir, die kommunistischen und Arbeitnehmerparteien, die diese Erklärung unterzeichnen, wenden uns anlässlich der Europawahlen 2019 an euch.

Die EU, die als europäisches imperialistisches Zentrum fungiert, war und ist ein Instrument für das europäische Großkapital, um seine Profite zu steigern und seine Vorherrschaft zu garantieren; sie dient nicht und sie kann auch nie den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung dienen.

Die Erwartungen, dass die EU in eine „menschenfreundliche“ Richtung reformiert werden kann, haben sich als zwecklos erwiesen. Die Erwartungen an eine Veränderung in Richtung der Interessen der Völker, an ihre vermeintliche „Demokratisierung“ ist unbegründet.

Die Arbeiter und die Volksschichten Europas können durch ihren Kampf die gegenwärtigen negativen Kräfteverhältnisse umstürzen und die Voraussetzungen dafür schaffen, den Weg für ein Europa des Sozialismus zu öffnen, das das Recht auf Arbeit, soziale Rechte, soziale Sicherheit und Einkommen, die Zukunft der arbeitenden Menschen garantiert.

Unsere Parteien verteidigen die Interessen der Arbeiterklasse, der Völker, die Rechte der Jugend und der Frauen aus den Volksschichten.

Täglich kämpfen wir gegen die von den bürgerlichen Regierungen und der EU verhängten Maßnahmen gegen das Volk, gegen die Kürzung von Löhnen und Pensionen, gegen die Abschaffung der Arbeitsrechte, der sozialen Rechte und der sozialen Sicherheit, gegen den Kreislauf von Armut und Arbeitslosigkeit, gegen die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens sowie der Bildung, gegen die Zerstörung der Umwelt, gegen die Abschaffung der demokratischen Rechte und Freiheiten. Wir fordern Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Wir kämpfen alle zusammen gegen die EU, die die Völker für die Profitgier der Kapitalisten manipuliert. Wir verurteilen Antikommunismus, Unterdrückung und die Einschränkung der souveränen Rechte.

Unsere Parteien stehen für die signifikante Erhöhung der Gehälter und Pensionen; für ein öffentliches und kostenloses Gesundheits- und Bildungswesen; für die Unterstützung des Kampfes der Arbeiter und Beschäftigungslosen um Vollzeit Arbeitsplätze und fixe Anstellungen; für demokratische Rechte am Arbeitsplatz, Arbeits- und soziale Rechte, Sozialversicherung; für die Rechte der immigrierten Arbeiter und den Kampf gegen die Ursachen, die die Menschen zwingen, ihre Länder zu verlassen; für die Unterstützung der kleinen und mittleren Bauern; für den nachhaltigen Schutz der Umwelt, die den Profiten des Großkapitals geopfert wird. Wir verurteilen die imperialistischen Kriege und Interventionen. Wir kämpfen für Frieden, für den Abbau aller US- und NATO-Stützpunkte, gegen die NATO, gegen die sogenannte NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ und die EU-Armee, gegen die PESCO und die Teilnahme an imperialistischen Kriegen und Interventionen. Wir kämpfen gegen den Frontalangriff auf die Arbeiter, der entweder unter Bedingungen der kapitalistischen Krise oder unter Bedingungen der kapitalistischen „Entwicklung“ durchgeführt wird. Wir stellen uns an die Seite der Arbeiter- und Volksfamilien, die die dramatischen Folgen der kapitalistischen Produktionsweise erleben, wodurch die Situation der Arbeiterklasse und der Volksschichten massiv verschlechtert wird.

Wir rufen die Arbeiterklasse und die Völker auf: ihre Kämpfe gegen die Europäische Union, gegen diese Union des Kapitals, die die Rechte der Völker verletzt, zu vervielfachen; ihren Widerstand gegen den

Angriff des Kapitals, gegen die Angriffe der Parteien, die den Interessen des Kapitals dienen, zu verstärken, ebenso ihren Kampf für jedes Problem des Volkes; die kommunistischen und Arbeiterparteien, die die EU verurteilen, bei den Europawahlen im Mai 2019 zu unterstützen, und denjenigen Parteien eine Absage zu erteilen, die die EU und ihre Politik unterstützen, die die Einbahnstraße der EU, des Kapitals und die angebliche „Demokratisierung“ der EU verteidigen.

Diese Haltung wird den Volkskampf in ganz Europa stärken, die Arbeiter werden von besseren Positionen aus kämpfen.

Die EU dient nicht dem Volk, die EU dient der Kapitalistenklasse, den Interessen der Monopole, der Konzentration und Zentralisierung des Kapitals. Die EU verdeutlicht ihre Merkmale als imperialistischer wirtschaftlicher, politischer und militärischer Block, der den Interessen der Arbeiterklasse und der Volksschichten zuwiderläuft. Die Völker haben jedes Interesse daran, sich der Manipulation entgegenzustellen, die die EU, ihre Mechanismen, ihre Regierungen und die Parteien, die dieses imperialistische Bündnis unterstützen, organisieren. Sie versprechen, dass die EU uns das Recht auf Arbeit, unsere Arbeits- und Sozialversicherungsrechte garantieren kann. Sie zielen darauf ab, die Völker davon zu überzeugen, dass sie ihnen einen besseren Lebensstandard garantieren können. Doch das ist eine große Lüge.

Erinnern wir uns an die Fakten: In der EU gibt es 16,6 Millionen Arbeitslose; die Unterbeschäftigung nimmt kontinuierlich zu und erreicht 21% der Gesamtzahl oder 43 Millionen Menschen; diejenigen, die an oder unter der Armutsgrenze leben, sind mehr als 110 Millionen; die Zukunft der Jugend wird untergraben.

Die Grundrechte der Arbeiterklasse und der Volksschichten werden abgeschafft. Massenentlassungen werden forciert, das Streikrecht wird eingeschränkt, das Pensionsalter wird angehoben, die Pensionszahlungen werden gekürzt, die private Sozialversicherung wird ausgebaut. Die armen Bauern werden mit der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik ruiniert, die Selbständigen werden durch den Wettbewerb der großen Monopole erstickt, Ungleichheit und Diskriminierung auf

Kosten der Frauen werden immer intensiver. Migranten werden verfolgt, während die Politik, die sie zwingt, ihre Heimatländer zu verlassen, gestärkt wird.

Die Repression gegen die Arbeiterklasse und ihre Kämpfe wird verstärkt, neue Mechanismen der Überwachung werden kontinuierlich geschaffen. Die politische, finanzielle und militärische Zusammenarbeit der EU mit dem israelischen Staat, der das palästinensische Volk ermordet, wird auf ein höheres Niveau gehoben. Der „Stabilitätspakt“, die „Enhanced Economic Governance“, die „Bankenunion“ und andere Instrumente gegen die Völker wurden in die volksfeindliche Werkzeugkiste der EU aufgenommen, eine neue dramatische Situation wird gegen die Völker geschaffen. Die so genannte „Globale Strategie“ der EU, die „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ und PESCO sind gefährliche Mittel für Kriege und Interventionen, die der imperialistischen Aggressivität dienen. Der Motor der kapitalistischen Vereinigung sind die Interessen der europäischen Monopole; die EU entwickelt sich kontinuierlich in eine reaktionäre Richtung, gegen die Völker.

Folglich ist es offensichtlich, dass weder diese zwischenstaatliche kapitalistische Union, noch die Europäische Zentralbank oder das Europäische Parlament volksfreundlich werden können, wie die europäischen Parteien, die die EU-Strategie unterstützen, behaupten.

Darüber hinaus kann sich die EU auch nicht in einen ernsthaften Gegner der NATO und der USA verwandeln, wie alle Arten von Unterstützern der EU argumentieren. Die EU arbeitet eng mit der NATO und den USA gegen die Völker zusammen, während sich die interimperialistische Konkurrenz sowohl innerhalb der EU manifestiert, wie bei der Bildung von Ländergruppen, als auch bei Rückzügen wie dem Brexit.

Die Rivalitäten mit den USA, aber auch mit Russland und China bezüglich der Kontrolle der Märkte werden intensiviert.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien, die diese Erklärung unterzeichnen:

- betonen, dass die Offensive des Kapitals einheitlich ist und mit allen Mitgliedstaaten der EU sowie mit den übrigen Staaten auf dem europäischen Kontinent zu tun hat, und aus diesen Gründen ist es notwendig, den gemeinsamen Kampf der kommunistischen Parteien und der Völker zu stärken, die Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter in ganz Europa und weltweit zu entwickeln;
- heben hervor, dass es einen anderen Weg der Entwicklung für die Völker gibt. Die Alternative eines anderen Europas entsteht aus dem Kampf der Arbeiter: ein Europa des Wohlstands der Völker, des sozialen Fortschritts, der demokratischen Rechte, der gleichberechtigten Zusammenarbeit, des Friedens, des Sozialismus;
- glauben an das Recht jedes Volkes, seinen Entwicklungsweg souverän zu wählen, einschließlich des Rechts, sich von der EU, der NATO und jeder anderen imperialistischen Organisation zu lösen, sowie für den sozialistischen Entwicklungsweg zu kämpfen.

Dies ist die wirkliche Antwort auf die organisierten Bemühungen, die Völker in die Irre zu führen.

Die Völker Europas haben kein Interesse daran, den kosmopolitischen Kräften des Kapitals zu folgen, die fanatische Anhänger des Euroatlantismus sind. Ebenso wenig interessieren sie sich für die Kräfte des Nationalismus, die ebenso anderen Klasseninteressen sowie nicht denen der Völker dienen, indem sie die Maßnahmen des Protektionismus und der „Euroskepsis“ als Vehikel einsetzen. Außerdem hat das Volk nichts mit den nationalistischen, faschistisch-nazistischen Parteien gemeinsam, die darauf abzielen, die Qualen und Probleme der Völker zu nutzen, um ihre Kräfte als Speerspitze der Diktatur der Monopole zu stärken.

Die Unterstützung der kommunistischen und Arbeiterparteien ist die einzige wirkliche menschenfreundliche Antwort, sowohl auf den Kos-

mopolitismus als auch auf den so genannten Euroskeptizismus. Sie stellt die angemessene Antwort auf den Antikommunismus dar sowie auf die reaktionäre, antihistorische Gleichsetzung des Kommunismus mit dem Faschismus, der Fleisch vom Fleische des kapitalistischen Systems ist.

Wir rufen die Arbeiterklasse und die Völker Europas auf, diesem Aufruf der kommunistischen und Arbeiterparteien positiv zu begegnen.

Jede Partei organisiert im eigenen Land den Kampf der Arbeiter. Die kommunistischen und Arbeiterparteien kämpfen gegen die EU, umfassend gegen alle imperialistischen Bündnisse. Ihre Stärkung im politischen Kampf trägt zur Entwicklung der Kämpfe der Völker bei.

Wir rufen die Völker auf, diejenigen Kräfte zu schwächen, die die EU in irgendeiner Weise unterstützen oder Illusionen zu schüren, dass die EU positiv reformiert werden kann.

Nein zur EU der Monopole, des Kapitals und der Kriege!

Vorwärts zu einem Europa des Wohlstands der Völker, des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Rechte – des Sozialismus!

#### **Unterzeichnende Parteien:**

*Kommunistische Partei Albaniens / Kommunistische Partei Aserbaidshans / Kommunistische Partei Belgiens / Neue Kommunistische Partei Britanniens / Partei der bulgarischen Kommunisten / Union der Kommunisten in Bulgarien / Kommunistische Partei in Dänemark / Kommunistische Partei Estlands / Pol der kommunistischen Renaissance in Frankreich / Revolutionär-Kommunistische Partei Frankreichs / Vereinigte Kommunistische Partei Georgiens / Kommunistische Partei Griechenlands / Arbeiterpartei Irlands / Kommunistische Partei, Italien / Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens / Sozialistische Partei Lettlands / Sozialistische Partei, Litauen / Kommunistische Partei Maltas / Kommunistische Partei Mazedoniens / Volkswiderstand Moldau / Kommunistische Partei Norwegens / Partei*

*der Arbeit Österreichs / Kommunistische Partei Polens / Russische Kommunistische Arbeiterpartei / Kommunistische Partei der Sowjetunion / Kommunistische Partei Schwedens / Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens, Serbien / Kommunistische Partei der Slowakei / Sozialistische Partei Sloweniens / Kommunistische Partei der Arbeiter Spaniens / Kommunistische Partei der Türkei / Union der Kommunisten der Ukraine / Ungarische Arbeiterpartei / Weißrussische Republikanische Organisation*

# **100 Jahre Kommunistische Internationale – Zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der kommunistischen Weltbewegung**

*Von Tibor Zenker*

Vor 100 Jahren, Anfang März 1919, wurde in Moskau die Kommunistische Internationale (KI, Komintern) gegründet. Sie war der Zusammenschluss der revolutionären, der kommunistischen und in weiterer Folge der marxistisch-leninistischen Arbeiterparteien der Welt, die sich damals auch organisatorisch vom Opportunismus und Revisionismus der Sozialdemokratie abzugrenzen hatten. Ausgehend von einer Initiative Lenins bedeutete die Schaffung der Komintern zunächst auch eine neue Stufe des proletarischen Internationalismus und die solidarische Unterstützung der russischen Revolution bzw. der Sowjetunion. Gleichzeitig war es umgekehrt die Aufgabe der Komintern, den weltweiten Aufbau marxistisch-leninistischer Parteien zu fördern. Damit kam es auf Basis der Komintern zur Herausbildung der kommunistischen Weltbewegung. Nach 24 Jahren, im Frühjahr 1943, stellte die Komintern ihre Tätigkeit ein und wurde aufgelöst. Die Zusammenarbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien nahm seither andere und durchaus unterschiedliche Formen an.

## **Vorgeschichte und Bedingungen**

Auf ihrem Gründungskongress, der von 2. bis 6. März 1919 in der Hauptstadt der Russischen Sowjetrepublik stattfand, wurde die Komintern als III. Internationale bezeichnet. Damit stellte sie sich inhaltlich in die Tradition der I. Internationale (Internationale Arbei-

terassoziation, IAA), die 1864-1876 maßgeblich von Karl Marx und Friedrich Engels geprägt war, und der II. Internationale, die 1889 gegründet worden war. Die letztgenannte war 1914, mit Beginn des Ersten Weltkrieges, zusammengebrochen: Fast alle ihrer Mitglieder, darunter die österreichische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) als Vorläuferin der heutigen SPÖ sowie die SPD als bedeutendste Partei, gingen zu Positionen des Sozialchauvinismus und Sozialimperialismus über, unterstützten den dynastisch-kapitalistischen Raubkrieg, der von Wien und Berlin ausging, bzw. die „Vaterlandsverteidigung“, die seitens der Gegner ausgerufen wurde. Im positivsten Fall bekannte man sich „nur“ zum „Burgfrieden“, d.h. zur Einstellung jeglicher klassenmäßigen, sozialistischen, somit antimilitaristischen Politik für die Zeit des Krieges, nur wenige stellten sich hingegen vehement gegen den imperialistischen Krieg: Dies traf insbesondere auf die russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Bolschewiki) zu, in den meisten Parteien nur auf kleinere Gruppen oder Einzelpersonen, zu nennen wären natürlich u.a. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Deutschland, Friedrich Adler in Österreich.

Dieses Versagen der II. Internationale, das alle durchaus vorhandenen revolutionären, internationalistischen und friedenspolitischen Beschlüsse und Vorhaben negierte, markierte den endgültigen Sieg des Opportunismus in der Sozialdemokratie: Sie schickte des Proletariat auf die Schlachtfelder, anstatt die Waffen gegen die eigene Bourgeoisie – den Hauptfeind – zu wenden. Gleichzeitig – und dies ist natürlich kein Zufall, sondern geradezu Vorbedingung – bedeutete dies auch den faktischen Sieg des Revisionismus und Reformismus gegenüber dem revolutionären Marxismus innerhalb der Sozialdemokratie bzw. deren Führung. Die Trennung der bisherigen Arbeiterbewegung in einen reformistischen, sozialdemokratischen Teil und einen revolutionären, kommunistischen war im Prinzip unausweichlich. Einen entscheidenden Punkt in dieser Entwicklung markierte natürlich der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Russland im Herbst 1917, da die Parteien und Organisationen dadurch auch zu einer Positionierung gegenüber der ersten nachhaltigen proletarischen Staatsmacht und dem auf die Bühne der realen Staatspolitik getretenen Sozialismus gezwungen waren. Dies und die in den jeweiligen

eigenen Ländern vertretenen Anschauungen zur revolutionären Situation und den zugehörigen Ereignissen am Ende und nach dem Ersten Weltkrieg legten schlussendlich eine deutliche Trennlinie fest.

Jene Parteien, die selbst auf einen reformistischen Weg im Rahmen des bürgerlichen Staates und des Kapitalismus setzten und gegenüber der Sowjetmacht skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, bildeten – zumeist in organisatorischer, „vereinsrechtlicher“ Kontinuität zu den Parteien der II. Internationale – die Sozialdemokratie: Ab 1923 organisierten sie sich als „Sozialistische Arbeiter-Internationale“ (SAI), zu ihren wichtigsten Mitgliedern zählte die SPD, die britische Labour Party, aber auch die österreichische SDAP. Deren zwischenzeitlicher vermeintlicher „Mittelweg“ der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien“ (Internationale 2 ½), der wesentlich auf Otto Bauers und Adlers Zentrismus basierte, hatte keinen Bestand und führte verdientermaßen wieder schnurstracks zurück in den revisionistischen und reformistischen Sumpf des sozialdemokratischen Opportunismus. Die SAI bestand mehr oder minder bis 1940, freilich hatte sie 1933/34 mit Deutschland und Österreich bereits ihre bedeutendsten Bastionen verloren.

Dass sich demgegenüber eine eigenständige kommunistische Weltbewegung herausbildete, war nur natürlich, historisch notwendig – und auch bloß eine Frage der Zeit. Der Zeitpunkt der Grundsteinlegung war mit Anfang März 1919 allerdings ein recht früher.

### **Gründung der Komintern**

Ab 2. März 1919 kamen auf Einladung der russischen Bolschewiki, die damals den Namen KPR (B) trugen, im Moskauer Kreml 51 Delegierte von 35 Organisationen aus 22 Ländern zusammen. Diese vertraten nicht zwingend bereits bestehende kommunistische Parteien, sondern zum Teil noch linke Oppositionsplattformen innerhalb oder am Rande der Sozialdemokratie oder aber Parteien in einem Übergangs- oder Gründungsstadium. 35 ordentliche Delegierte aus Europa und Nordamerika verfügten, je nach Bedeutung der Organisation und des Landes, über insgesamt 49 Stimmen. So hatte z.B. die sechs-

köpfige russische Delegation, der Lenin, Stalin, Bucharin, Sinowjew, Tschitscherin und Trotzki angehörten, ebenso fünf Stimmen wie die KPD, wenngleich ihrerseits nur ein Delegierter, nämlich Hugo Eberlein, vor Ort teilnahm. 16 Delegierte hatten beratenden Status, womit auch asiatische Teilnehmer inkludiert wurden, u.a. aus Persien, China und Korea.

Aus Österreich nahm für die KPÖ Karl Steinhardt – nach einer abenteuerlichen Reise durch die Fronten des russischen Bürgerkrieges unter dem Decknamen „Gruber“ – teil, der jedoch erst am zweiten Tag in Moskau eintraf. Der zweite Delegierte der KPÖ, Karl Petin, befand sich damals bereits vor Ort: Er war zwar in Wien geboren, infolge seiner Kriegsgefangenschaft jedoch in Russland verblieben und eigentlich in der russlanddeutschen Sektion der Bolschewiki aktiv. Die österreichische Delegation verfügte über drei Stimmen.

Dass es sich bei dem Kongress bereits um den Gründungskongress und den I. Weltkongress der Komintern handeln würde, war indessen nicht fix. Insbesondere der Delegierte der KPD, Hugo Eberlein, wandte sich gegen eine sofortige Gründung: Zwar bejahte er – im Sinne der vor eineinhalb Monaten ermordeten Rosa Luxemburg – die Notwendigkeit einer internationalen Vereinigung der kommunistischen Parteien, doch hielt die KPD den Zeitpunkt für etwas verfrüht. Diese Ansicht fand aber keine Mehrheit unter den Delegierten. Unter Mithilfe Lenins formulierte Steinhardt einen Antrag, der die unmittelbare Schaffung der Komintern als absolute, unaufschiebbare Notwendigkeit forderte und der von der KPÖ gemeinsam mit der schwedischen, der ungarischen und der Delegation der Balkanföderation eingebracht wurde. Als Steinhardt diese Resolution vorstellte, wusste er zu überzeugen: Sie wurde einmütig angenommen, bei Stimmenthaltung Eberleins. Und so hatte die KPÖ bedeutenden Anteil an der offiziellen Gründung der III., der Kommunistischen Internationale am Abend des 5. März 1919 in Moskau. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland empfahl natürlich auch Eberlein den Beitritt der KPD zur Komintern, was auch geschah. Nach der KPdSU wurde die KPD sogar zur größten und wichtigsten Komintern-Partei.

Auf Antrag einer Arbeitsgruppe um den Schweizer Fritz Platten wurde als Organisationsapparat ein zunächst provisorisches Exekutivkomitee eingerichtet, wobei alle Mitgliedsparteien berechtigt waren, einen Repräsentanten zu nominieren. Dieses EKKI unterhielt wiederum ein Sekretariat für die – wenn man so will – Tagesarbeit (faktische Leitung Balabanowa, formell Radek), sowie ein Büro als eine Art Präsidium (Sinowjew, Lenin, Trotzki, Platten, Rakowski). Den Vorsitz des EKKI und somit der Komintern übernahm Grigori Sinowjew (bis 1926, dann folgte ihm Nikolai Bucharin).

### Struktur und Leitsätze

Die endgültigen organisatorischen Strukturen im Sinne eines Statuts und verbindliche inhaltliche Grundlagen wurden erst am II. Weltkongress festgelegt, der von 19. Juli bis 7. August 1920 – und wie alle sieben Kongresse – im Wesentlichen in Moskau tagte (teilweise in Petersburg). Die Struktur sah Folgendes vor: Der Weltkongress fungierte als höchste Instanz, als oberstes Organ der Komintern, wobei die vorgesehene jährliche Durchführung aus praktischen Gründen und aufgrund politischer Bedingungen nicht möglich war – bis 1935 sollte es sieben Weltkongresse geben. Zwischen den Kongressen übernahm das ständige Exekutivkomitee (EKKI) die Leitung, dieses verfügte über ein Sekretariat und ein Präsidium. Damit gewann das EKKI, dessen Sitz nahe liegender Weise in Moskau war, freilich mehr Bedeutung als vorgesehen, von 1922 bis 1933 gab es 13, z.T. erweiterte Plenarsitzungen, die mehr realpolitische Bedeutung hatten als die Vollversammlungen, in der Zusammensetzung aber ohnedies beinahe einer solchen entsprachen. Denn es galt weiterhin die Regel, dass jede Partei bzw. jede Sektion über einen – nicht zwingend als Person festgelegten – EKKI-Vertreter verfügen sollte, die russische bzw. sowjetische Sektion sollte fünf Mitglieder stellen. Dementsprechend liest sich die Mitgliederliste des EKKI sodann im Laufe der Jahre freilich wie ein „Who-is-who“ der kommunistischen Weltbewegung, ihm gehörten u.a. an: Thälmann, Zetkin und Pieck aus Deutschland, Gramsci und Togliatti aus Italien, Kun und Rakosi aus Ungarn, Dimitroff aus Bulgarien, Kuusinen aus Finnland, Ho Chi Minh aus Vietnam/Indochina, Zhou Enlai und Mao Tse-tung aus China sowie natürlich

alle, die – zwischenzeitlich – in der UdSSR Rang und Namen hatten. Für Österreich und die KPÖ nahmen die EKKI-Repräsentation u.a. Steinhardt, Toman, Koritschoner und schließlich Johann Kopenig und Friedl Fürnberg wahr.

Von besonderer Bedeutung war auf dem II. Weltkongress der Beschluss der „21 Bedingungen“ für die Mitgliedschaft in der Komintern, die Lenin dem Kongress vorlegte. Hierbei wurde von den Mitgliedsparteien u.a. verlangt, den sofortigen und deutlichen Bruch nicht nur mit dem Reformismus, sondern auch mit allen zentristischen Parteien, Gruppen und Personen zu vollziehen sowie diese auch klar zu benennen und zu entlarven (dies implizierte nebenher die regelmäßige Überprüfung und Säuberungen auch der eigenen Mitgliedschaft). Sie sollten außerdem ein klares revolutionäres Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats abgeben, damit einhergehend die bedingungslose internationalistische Unterstützung aller revolutionären Räterepubliken, insbesondere natürlich der bereits bestehenden russischen, forcieren. Die Parteien sollten auf gewerkschaftlicher und betrieblicher Ebene aktiv sein sowie natürlich in einer etwaigen Rätebewegung. Sie sollten auch in der Armee und auf dem Lande gegenüber der Bauernschaft agitieren sowie in aller Vehemenz gegen Kolonialismus und Rassismus und für das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen auftreten. Alle Parteien sollten im unmittelbaren Gefolge des II. Weltkongresses außerordentlich Parteitage abhalten, auf denen strukturelle, organisatorische und programmatische Vorgaben der Komintern umzusetzen waren: Dies betraf zunächst die einheitliche Namensgebung („Kommunistische Partei dieses oder jenes Landes“, mit dem Zusatz „Sektion der Kommunistischen Internationale“). Darüber hinaus waren neue Parteiprogramme vorzulegen, die von der Komintern zu bestätigen waren. Eine zentral geleitete Pressearbeit sollte ins Werk gesetzt werden, wobei in dieser auch alle relevanten Beschlüsse der Komintern zu veröffentlichen waren. Und nicht zuletzt sollte das Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus umgesetzt werden – dieser galt im Sinne eines international einheitlichen Handelns jedoch auch für die Komintern selbst, zumal die einzelnen nationalen Parteien nunmehr deren Sektionen waren und dementsprechend die Beschlüsse des Weltkongresses und des EKKI als verbindlich anzu-

sehen hatten. Zu guter Letzt sollten die Parteien – im Misstrauen gegenüber dem bürgerlichen Staat – auch geheime Strukturen bzw. einen solchen Apparat unterhalten, die sie auf eine etwaige Illegalität vorbereiten resp. Werkzeuge des bewaffneten Aufstandes sein sollten. Dennoch wandte man sich zur selben Zeit – etwa auch in Bezug auf die KPÖ und deren Position – gegen den grundsätzlichen Boykott bürgerlich-parlamentarischer Wahlen.

Damit ist klar zu sehen: Die Komintern sollte alles Andere als ein loser Zusammenschluss mit allgemeinen Schnittmengen sein, sondern eine einheitliche, disziplinierte, international handlungsfähige Kampforganisation werden, die auf dieser Basis weltweit Sektionen unterhält, konkrete Analysen vornimmt, Strategie und Taktik ausgibt, sich klar vom Reformismus und Opportunismus, aber auch vom „linken Radikalismus“ abgrenzt bzw. diesen zurechtrückt, die den wissenschaftlichen Sozialismus im Sinne von Marx und Engels (sowie in weiterer Folge den Marxismus-Leninismus) anwendet, weiterentwickelt und durchsetzt.

Ebenso wurde bereits mit den Orientierungen des II. Weltkongresses die Zusammenführung der drei Ströme des revolutionären Weltprozesses gegen den Imperialismus erstmals sichtbar, nämlich des sozialistischen Lagers (also zunächst der russische Sowjetrepublik), der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern sowie der nationalen Befreiungsbewegungen, denen die Komintern zeitlebens besondere Bedeutung beimaß.

Die Komintern orientierte zunächst nach wie vor auf zeitnahe revolutionäre Umwälzungen in Westeuropa: Sie unterstützte in dieser Periode die Münchner und die Ungarische Räterepublik, den revolutionären Aufstand in Estland sowie den Hamburger Aufstand 1923, außerdem die Etablierung der Volksrepublik in der Mongolei. Selbst die Wiener Julirevolte von 1927 wurde noch unter der Annahme eines revolutionären Aufstandes auf einer EKKI-Tagung diskutiert, wobei dem jungen Friedl Fürnberg namens der KPÖ die etwas undankbare Aufgabe zukam, die Dinge zurechtzurücken. Als sich das Ausbleiben der sozialistischen Revolution im Westen abzeichnete (manche nah-

men dies früher, andere später zur Kenntnis), entwickelte Lenin für die Komintern – wir sind damit bereits beim III. und IV. Weltkongress – Überlegungen zur Einheitsfront, deren praktische Ergebnisse die kurzzeitigen sozialdemokratisch-kommunistischen Arbeiterregierungen in den deutschen Ländern Thüringen und Sachsen waren. Unter diesen Bedingungen, die von einem Erstarren der Reaktion und dem erstmaligen Aufkommen des Faschismus begleitet waren, zeichnete sich die Notwendigkeit ab, einerseits Strategien für eine Heranführung der Massen an die Revolution zu erarbeiten, andererseits der Verteidigung des bereits Erreichten, namentlich der UdSSR, und dem Aufbau des Sozialismus in diesem Land mehr Gewicht beizumessen.

### **Marxismus-Leninismus und Bolschewisierung**

Damit einher ging der Prozess der so genannten „Bolschewisierung“ der Komintern-Parteien, die am V. Weltkongress im Juni und Juli 1924 beschlossen wurde. Die Komintern-Sektionen sollten endgültig zu „Parteien neuen Typs“ nach Vorbild der Bolschewiki werden, unter Überwindung verbliebener oder neu entwickelter rechtsopportunistischer oder „linksradikaler“ Merkmale bzw. Präponenten sowie unter Aneignung des ansatzweise kanonisierten Leninismus bzw. eines als unverbrüchliche Einheit verstandenen Marxismus-Leninismus (Lenin war fünf Monate vor dem V. Weltkongress verstorben). Damit wurde im Zuge einer mancherorts notwendigen personellen Erneuerung auch der Fraktionismus beendet, der etwa die KPÖ und die KPD schwächte: In Deutschland entwickelte sich die Thälmann-KPD so dann zur stärksten Sektion der Komintern außerhalb der UdSSR, die 1932 rund 250.000 Mitglieder und an die sechs Millionen Wählerstimmen erreichte. In Österreich übernahm unter Anleitung des Komintern-Gesandten Georgi Dimitroff schließlich Johann Koplenig die Leitung der Partei, womit in den folgenden Jahren ebenfalls erhebliche Fortschritte verbunden waren.

In den Komintern-Sektionen wurde mit der Bolschewisierung in weiterer Folge auch eine kommunistische Arbeitsweise mit Planmäßigkeit der Partearbeit und Kontrolle der Ausführung forciert, ebenso die gezielte Kaderentwicklung, die Aktivierung der Parteizellen zu ei-

genständiger Arbeit sowie nicht zuletzt – so weit möglich – die strukturelle Umstellung auf Betriebszellen.

Der VI. Weltkongress der Komintern zur Jahresmitte 1928 setzte diese Linie im Wesentlichen fort, wobei man in der Zwischenzeit auch den in vielerlei Hinsicht schädlich wirkenden Trotzismus aus der kommunistischen Bewegung verabschiedete. Man erwartete angesichts der absehbaren ökonomischen Verwerfungen eine neue revolutionäre Welle und ging auch aus diesem Grund auf verschärfte Konfrontation mit der Sozialdemokratie und sonstigen rechten, aber auch „linken“ Opportunisten. Hieraus entwickelte sich, keineswegs völlig unerklärlich, die so genannte „Sozialfaschismus“-These, die durchaus einen materiellen Kern beinhaltete, faktisch aber als sektiererische Herangehensweise und taktischer Fehler angesichts der wachsenden faschistischen Gefahr einzuschätzen ist. Die „Einheitsfront von unten“, die nichtsdestotrotz anzustreben war, wurde dadurch nicht gerade begünstigt. Dennoch war es eindeutig die antikommunistische und gegenüber Bourgeoisie und Faschismus nachgebende sozialdemokratische Politik, die Hitler und Dollfuß den Weg erleichterte – und nicht die aufrichtige Konsequenz der Kommunisten.

Trotzdem ist es eine Tatsache, dass die starke KPD der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland nicht genug entgegenzusetzen hatte. Und auch die KPÖ, die zwar die historische Wahrheit und die richtige politische Einschätzung auf ihrer Seite hatte, konnte bei Weitem nicht die Stärke erlangen, um im März 1933 oder im Februar 1934 die Durchsetzung des Austrofaschismus zu verhindern. Es waren revolutionäre Teile an der Basis der SDAP und des Schutzbundes, die sich am 12. Februar 1934 der Kapitulation von Bauer und Seitz entgegenstellten und mit der Waffe in der Hand den Faschisten entgegentraten. Diese Februarkämpfer aber und mit ihnen viele andere Sozialdemokraten erkannten sodann das Versagen und den teilweisen Verrat der SP-Führung sowie die Tatsache, dass ein aufrichtiger, konsequenter und erfolgreicher fortgesetzter antifaschistischer und revolutionärer Kampf nur in der KPÖ möglich war: Die Mitgliederzahl vervierfachte sich schlagartig und die KPÖ wurde wahrlich nicht zufällig – sondern auf Basis der nötigen Grundlagen, die der Bolschewi-

sierung zu verdanken waren – zur tragenden Säule des Widerstandes gegen den Austrofaschismus 1934-1938, gegen den NS-Faschismus sowie gegen die deutsche Fremdherrschaft in Österreich 1938-1945.

## **Antifaschismus und Volksfront**

Aber noch einmal einen Schritt zurück: Die Niederlagen der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus in Deutschland 1933 und in Österreich 1934 waren für die Komintern natürlich ernüchternd. Deshalb stellte man sich am VII. Weltkongress im Juli und August 1935 – es sollte der letzte sein – durchaus selbstkritisch und grundlegend der Analyse der Ereignisse, des Wesens des Faschismus und der Erarbeitung einer antifaschistischen Strategie. Der neue Komintern-Generalsekretär Dimitroff, Wilhelm Pieck, Palmiro Togliatti und Dimitri Manuiski bereiteten den Kongress inhaltlich vor und Dimitroff präsentierte im hinlänglich bekannten Hauptreferat „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf gegen den Faschismus“ die Ergebnisse: Der Faschismus an der Macht wurde als die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, aggressivsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals charakterisiert. Als antifaschistische Strategie verständigte man sich auf die Forcierung der Volksfrontpolitik, die bereits im Vorjahr in Frankreich zur Anwendung gekommen war. Auch Johann Koplenig hielt am Kongress im Namen der österreichischen Delegation ein ergänzendes Referat zur „Einheits- und Volksfront“.

Die praktische Anwendung der Volksfront ließ nicht lange auf sich warten: 1936 begann der Spanische Bürgerkrieg, mit dem der Faschismus versuchte, die demokratische Republik zu stürzen. Vorangegangen war ein Wahlsieg des Bündnisses „Frente Popular“, der die Linksrepublikaner, die Sozialistische Arbeiterpartei, die linksradikale, teilweise trotzkistische „POUM“ (Arbeiterpartei der marxistischen Einheit) sowie eben die Kommunistische Partei Spaniens angehörte. Obwohl die Maßnahmen der Regierung eher moderat waren, kam es bereits im Juni zum Putschversuch der extremen Rechten und des Militarismus, der in einen Krieg von zweieinhalb Jahren mündete. Wie bekannt ist, endete dieser mit dem Sieg des Faschismus und der

Errichtung der Franco-Diktatur. Dafür war maßgeblich, dass die spanischen Faschisten auch von Italien und Deutschland unterstützt wurden, dass sich Frankreich und Großbritannien nicht klar auf die Seite der Republik stellten. Auf antifaschistischer Seite war das Handeln der POUM und der anarchosyndikalistischen CNT oft gelinde gesagt kontraproduktiv, schließlich kam es auch zum Verrat von sozialdemokratischer Seite. Die spanische Sektion der Komintern wurde im Bürgerkrieg zur Massenpartei mit 300.000 Mitgliedern und diese zu den vehementesten Kämpfern gegen den Faschismus. Und dies hatte auch eine internationale Komponente: die Komintern rief im August 1936 ihre Sektionen zur militärischen Unterstützung der Republik auf, es wurden die Internationale Brigaden der freiwilligen Spanienkämpfer geschaffen, in denen insgesamt 40.000 Antifaschisten dienten. Die einzelnen Komintern-Sektionen organisierten die Rekrutierung und Anreise der Freiwilligen, so auch die illegale KPÖ in Österreich: Etwa 1500 Österreicher folgten dem Aufruf. Die Episode des Spanienkrieges wird von den Antikommunisten aller Schattierungen mit allerlei dummen Geschwätz der Komintern und der UdSSR gerne als negative Einmischung vorgeworfen, doch die Wahrheit ist, dass es sich um einen beispiellosen Akt des Internationalismus, des Antifaschismus und der Solidarität der Tat handelte. Schon hier wurde klar, dass der Faschismus in Europa und darüber hinaus keinen entschiedeneren Gegner finden würde als die Kommunisten.

Und dies setzte sich fort: Die illegalisierten kommunistischen Parteien wurden zu den wichtigsten Widerstandsorganisationen gegen den Faschismus, erstrecht nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, so u.a. in Frankreich, Deutschland und Österreich, wengleich die bürgerliche Geschichtsschreibung dies gerne unter den Tisch fallen lässt. In Italien und am gesamten Balkan – in Jugoslawien, Albanien und Griechenland – waren es v.a. kommunistische Partisanen, die den deutschen und italienischen Faschisten sowie ihren Verbündeten zusetzten. Und im internationalen staatspolitischen Rahmen war es die Sowjetunion, die vor Kriegsbeginn lange um Friedenspolitik bemüht war, die zum Totengräber des deutschen Faschismus werden sollte: Die Rote Armee befreite – unter großen Opfern – den Großteil Europas, darunter Berlin und Wien. Gerade die absehbare Kriegswende zugunsten

der UdSSR zwang die Westalliierten zu mehr Aktivität: Der Grund, warum die US-Amerikaner in der Normandie landeten, war weniger deren Antifaschismus geschuldet als vielmehr der berechtigten Befürchtung, dass die Rote Armee gleich bis zur Atlantikküste durchmarschieren würde. Daher kam es auch zur „Anti-Hitler-Koalition“ zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR. Diese allerdings markierte indirekt auch das Ende der Komintern.

### **Auflösung der Komintern**

In üblicher Lesart wurde seitens des EKKI im Mai 1943 beschlossen, die Komintern per 10. Juni desselben Jahres aufzulösen, da sie ihre Aufgaben erfüllt hatte: Die Sicherung des Marxismus in der Arbeiterbewegung, Schaffung, Aufbau und Festigung revolutionärer Arbeiterparteien rund um den Erdball, Durchsetzung des Marxismus-Leninismus, Etablierung einer kommunistischen Weltbewegung. Dies traf auch zu: 1917 gab es eine kommunistische Partei mit 350.000 Mitgliedern – die KPR (B); 1918 kamen – in dieser Reihenfolge – die kommunistischen Parteien der Ukraine, Finnlands, Österreichs, Ungarns und Polens hinzu, zum Jahreswechsel sodann jene Deutschlands; beim Gründungskongress der KOMintern im März 1919 waren 35 Organisationen präsent, viele davon Kleingruppen und noch keine wirklich eigenständigen politischen Parteien; 1945 „hinterließ“ die Komintern 76 kommunistische Parteien in aller Welt, die 20 Millionen Mitglieder repräsentierten.

Ab 1943, so die Argumentation für die Auflösung, sollten die inzwischen zahlreichen nationalen kommunistischen Parteien ihre jeweils komplexen Situationen und Begebenheiten selbst einschätzen und zu Entscheidungen kommen, da eine zentrale globale Leitung dazu kaum mehr in der Lage sein würde: Die Komintern, die zweifelsohne natürlich unter einer gewissen Dominanz der KPdSU stand, entließ ihre Sektionen also in eine größere Selbstständigkeit, aber auch Selbstverantwortlichkeit. Gleichzeitig ist anzumerken, dass diese Auflösung, wie zuvor angedeutet, wohl zum Teil auch ein – zu diesem Zeitpunkt verschmerzbares – Zugeständnis der UdSSR gegenüber den Westalliierten war.

Mit der Komintern wurden auch ihre verbliebenen „Vorfeldorganisationen“ aufgelöst, die organisatorisch ihrerseits selbst Sektionen der Komintern waren: Dies betraf u.a. die ebenfalls 1919 gegründete Kommunistische Jugendinternationale, der Friedl Fürnberg einige Jahre als Generalsekretär vorstand, oder die Internationale Rote Hilfe (IRH, MOPR, 1922 gegründet). Die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI, Profintern, 1921 gegründet) hingegen war bereits 1937 aufgelöst worden, die Kommunistische Fraueninternationale, die 1920 maßgeblich von Clara Zetkin organisiert worden war, schon 1930.

Zu den Ergebnissen und Nachwirkungen der Tätigkeit der Komintern zählten freilich die revolutionären Umwälzungen im Gefolge des Zweiten Weltkrieges: Dass sich ein internationales sozialistisches Lage bildete, von Berlin bis Peking, von Pjöngjang bis Tirana, auf einer gewaltigen Fläche und unter Einschluss eines bedeutenden Anteils der Weltbevölkerung, wäre ohne die Vorarbeit der Komintern nicht möglich gewesen, aber freilich auch nicht ohne den Sieg der UdSSR im Zweiten Weltkrieg, v.a. bezüglich Osteuropas. Während ein Teil dieser Volksdemokratien bzw. sozialistischen Länder später im Rahmen des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW, 1949) und des Warschauer Vertrages (1955) die Kooperation suchten, führte das Fehlen einer internationalen Zentrale aber auch zu Zerwürfnissen und Spaltungen: Dies betraf zunächst Jugoslawien oder in weiterer Folge den Bruch zwischen der UdSSR und der VR China und Albanien. Andere Brüche konnten verhindert werden, so etwa in Bezug auf Ungarn oder die Tschechoslowakei.

### **Kominform und Internationale Konferenzen**

Am 5. Oktober 1947 wurde das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) gegründet. Es umfasste, neben der KPdSU, im Wesentlichen die revolutionären Parteien der sozialistischen Staaten Osteuropas mit Ausnahme Albaniens, zuzüglich der französischen KP, die in dieser Bündnisstruktur eher lose zusammengeführt wurden. Die KP Jugoslawiens wurde 1948 ausgeschlossen, die SED erhielt ab 1949 lediglich Beobachterstatus. Der Sitz des Kominform, das sich vordergründig v.a. um internationale kommunistische Pressearbeit kümmer-

te, war zunächst in Belgrad, dann in Bukarest. Im April 1956 wurde das Kominform-Büro aufgelöst, die Kooperation der osteuropäischen sozialistischen Staaten hatte sich ohnedies auf RGW und Warschauer Vertrag verlegt. Die Beziehungen zu den westeuropäischen kommunistischen Parteien gestalteten sich offiziell mehrheitlich bilateral, inoffiziell freilich mit einer gewissen besonderen Reputation der KPdSU.

Auf internationaler Ebene schuf man sich jedoch abermals neue Foren: Im November 1957 – der formelle Anlass war der 40 Jahrestag der Oktoberrevolution – kam es zur ersten Moskauer Internationalen Konferenz Kommunistischer und Arbeiterparteien, an der 64 Parteien aus aller Welt teilnahmen, darunter auch die KPÖ als österreichische Delegation. Eine wirkliche Einheit konnte dabei nicht geschaffen werden, tatsächlich zeichneten sich die Konfliktlinien abermals recht deutlich ab (wir befinden uns bereits nach dem 20. Parteitag der KPdSU). Drei Jahre später fand die zweite Internationale Konferenz in Moskau statt, mit 81 Teilnehmern (darunter die KPÖ) und ähnlichen Ergebnissen. Die dritte Moskauer Konferenz, die 1969 im Vorfeld des 100. Geburtstages Lenins zusammenkam, führte 73 Parteien zusammen, bei prominenter Absenz der KP Chinas und der PdA Albaniens. Der moderne Revisionismus und der aufkommende Eurokommunismus gestalteten die Verabschiedung gemeinsamer Positionen zusätzlich nicht einfach. Die österreichische Delegation wurde von Franz Muhri angeführt, damals seit vier Jahren Vorsitzender der KPÖ in der Nachfolge Koplenigs.

Während die europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien, die an der Macht waren, öfters zu Beratungen zusammenkamen, fanden auch gewissermaßen „gesamteuropäische“ Konferenzen unter Beteiligung der KPÖ statt, so 1967 in Karlsbad (CSSR) mit 25 Teilnehmern, 1976 in Berlin (DDR) mit 29 Teilnehmern und 1980 in Paris mit 22 Teilnehmern. Daneben gab es natürlich auch weniger formell-offizielle, d.h. mehr auf Innen- als Außenwirkung orientierte Konsultativkonferenzen (z.B. 1975 in Warschau).

Mit der Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa 1989-91 und damit dem Ende eines Großteils der sozialistischen Staatenwelt,

verloren die europäischen kommunistischen Parteien nicht nur einiges an Ressourcen, sondern manche auch ihre Identität: Einige wurden aufgelöst, andere in sozialdemokratische Parteien verwandelt, dritte in links-opportunistische, und wiederum andere bemühten sich um den Erhalt bzw. die Erneuerung ihres marxistisch-leninistischen Charakters. Im Zuge dieser Neuformierungen kam es zwangsläufig auch zu Neugründungen, die betrifft etwa die Partei der Arbeit Österreichs, die an die Stelle der KPÖ getreten ist, nachdem diese endgültig im Sumpf des Opportunismus und Reformismus und im Rahmen der EU-Linkspartei gelandet ist. Und seither mussten selbstverständlich auch die internationalen Beziehungen reorganisiert, neu aufgestellt und aufgebaut werden.

### **Neubeginn nach der Konterrevolution**

Ein besonderes Verdienst kommt hierbei der Kommunistischen Partei Griechenlands zu. Diese hat 1998 zum ersten Internationalen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien (IMCWP) nach Athen geladen. 52 Parteien von allen Kontinenten folgten dieser Einladung, um Erfahrungen auszutauschen, theoretische und politische Themen zu diskutieren und gemeinsame Stellungnahmen zu beschließen. Es gelang, dieses Internationale Treffen als jährliche Veranstaltung an verschiedenen Orten zu institutionalisieren, im vergangenen Jahr fand, zum runden Jubiläum wiederum in Athen, das bereits 20. IMCWP statt. Die Teilnehmer dieser Treffen werden informell als „SolidNet“-Gruppe titulierte, da sie auf einer gleichnamigen Webseite gemeinsame und nationale Erklärungen in verschiedenen Sprachen präsentieren. Die Gruppe ist jedoch inhomogen, sie umfasst einerseits historische kommunistische Parteien, ungeachtet ihres heutigen politischen Charakters, andererseits auch einige neue Parteien, die vor 1990 nicht existierten. Daher befinden sich marxistisch-leninistische Parteien unter den Teilnehmern ebenso wie mittlerweile revisionistische und reformistische Parteien und solche, die zweifellos als linksopportunistisch einzustufen sind. Auch regierende Parteien – jene aus China, Korea, Kuba, Laos und Vietnam – nehmen teil, was natürlich auch zu Konfrontationen führt. Insgesamt haben seit 1998 nicht weniger 121 Parteien aus 84 Ländern an den bisher 20 Internationalen

Treffen teilgenommen. In welche Richtung sich diese Veranstaltung entwickeln wird, ist einstweilen offen.

Einige der linksopportunistischen Parteien verzichteten inzwischen jedoch auf eine Teilnahme, da sie ohnedies nichts mit echten Kommunisten und Marxisten zu tun haben wollen: Dies gilt auch für die KPÖ, die seit 1998 eingeladen wird, aber nur in den Jahren 2000, 2002, 2003 und 2005 teilgenommen hat und seither die Einladungen ignoriert: PdA-Delegationen wurden im internationalen Rahmen bereits mehrmals darauf angesprochen, ob die KPÖ eigentlich noch existiert. Denn auch auf internationaler Ebene vertritt nun eben die Partei der Arbeit die österreichische kommunistische Bewegung: Sie wurde 2015 in die SolidNet-Gruppe aufgenommen und nahm seither an all ihren Internationalen Treffen mit einer Delegation teil.

Auf europäischer Ebene wurde 2013 die „Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas“ (oder auch „Europäische Kommunistische Initiative“, INITIATIVE, ECI) geschaffen, auch dies geschah auf Anstoß der KP Griechenlands. Hier besteht auf Basis einer gemeinsamen Grundsatzerklärung und eines Status mehr Homogenität, v.a. in der Frage der Einschätzung der Europäischen Union. Die meisten der 30 Mitgliedsparteien verstehen sich selbst als marxistisch-leninistisch, dennoch gibt es durchaus auch Unterschiede und Gegensätze. Die Partei der Arbeit Österreichs ist Gründungsmitglied der INITIATIVE und bislang die einzige Teilnehmerin aus dem deutschsprachigen Raum. In der Vergangenheit wurden im Vorfeld der jährlichen INITIATIVE-Generalversammlungen „Europäische Kommunistische Treffen“ (ECM) abgehalten, die auch Nichtmitglieder umfassten. Im letzten Jahr nahmen auch außereuropäische Gäste am INITIATIVE-Treffen teil. Auch hier und diesbezüglich muss sich erst zeigen, wie die weitere Entwicklung dieser Struktur aussehen wird.

Außer Frage steht, dass das Internationale Treffen der SolidNet-Gruppe und die Treffen der INITIATIVE zum gegenwärtigen Zeitpunkt die wichtigsten internationalen Strukturen und Veranstaltungen darstellen und von großem Wert für die internationale Zusammenarbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien sind. Freilich sind sie weit

davon entfernt, der historischen Komintern zu entsprechen, doch das ist auch gar nicht beabsichtigt. Eine Festigung in marxistisch-leninistischer Hinsicht erscheint dennoch wünschenswert.

## **Andere internationale Strukturen**

Neben diesen kommunistischen Strukturen gibt es natürlich auch noch weitere internationale Vereinigungen der Linken im weitesten Sinn bzw. der Arbeiterbewegung: Die sozialdemokratischen Parteien, darunter natürlich die SPÖ, sammeln sich seit 1951 in der so genannten „Sozialistischen Internationale“, die sich selbst als Fortführerin der II. Internationale und der SAI sieht. Zusätzlich wurde 2013 die „Progressive Allianz“ gegründet, mit der SPE gibt es eine „Europapartei“.

Eine solche „Europapartei“ gemäß den Vorgaben der EU ist auch die so genannte „Europäische Linke“, in der sich linkssozialdemokratische, reformistische, linksopportunistische – in jedem Fall nicht- bis antikommunistische – Parteien sammeln, darunter die deutsche Partei „Die Linke“, die italienische Rifondazione, die griechische SYRIZA oder eben auch die KPÖ.

Darüber hinaus gibt es noch eine gewisse Zahl kleinerer internationaler Gruppierungen, die sich als trotzkistisch, maoistisch, hoxhaistisch, maoistisch-hoxhaistisch oder anarchokommunistisch/-syndikalistisch verstehen. Diese verfügen freilich über keinerlei ernsthafte Bedeutung. Trotzki eigene, 1938 gegründete „IV. Internationale“ hat sich – entgegen jeder Erwartung – seither mehrmals gespalten: Ihr Erbe wird heute durch mehrere Internationale Vereinigungen beansprucht.

Etwas ernsthafter sind die internationalen Vereinigungen im Bereich der „Front- oder Vorfeldorganisationen“ der kommunistischen Bewegung: Bereits 1945 wurde der „Weltgewerkschaftsbund“ (WGB) gegründet, von dem sich 1949 die sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften, darunter der ÖGB, abspalteten. Im WGB verblieben die kommunistischen sowie linke progressiv-demokratische Gewerkschaften, Verbände und Organisationen. Wichtige Mitglieder sind die griechische PAME, der südafrikanische COSATU oder die kubani-

sche CTC. Einziges österreichisches Mitglied des WGB ist gegenwärtig (oder immer noch) der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB), der der KPÖ nahe steht.

Im Bereich der Jugend wurde schon 1945 der „Weltbund der Demokratischen Jugend“ (WBDJ) gegründet. Er überstand die Krise zu Beginn der 1990er Jahre und ist bis heute aktiv. Seit ihrer Gründung im Jahr 1970 als antirevisionistischer, marxistisch-leninistischer „Ersatz“ für die „Freie Österreichische Jugend“ (FÖJ), die sich dem Revisionismus verschrieben hatte, ist die KJÖ die einzige österreichische Mitgliedsorganisation. Außerdem nimmt die KJÖ an den „Treffen Europäischer Kommunistischer Jugendorganisationen“ (MECYO) teil.

### **Stand der Dinge und Aussichten**

Unterm Strich kann man über die Gegenwart zwar sagen, dass sich die kommunistische Weltbewegung einigermaßen konsolidiert hat seit den herben Rückschlägen ab 1989, die freilich v.a. Europa betrafen. Sieht man von der Sonderstellung der KP Chinas ab, die diese in mehrerlei Hinsicht einnimmt, so ist sie jedoch weit davon entfernt, wieder die Stärke der von der Komintern aufgebauten und hinterlassenen Weltbewegung zu erreichen – oder auch nur das Niveau der 1980er Jahre, wie nicht zuletzt das österreichische Beispiel leider zeigt. Auch von einer inhaltlichen Übereinstimmung und Einheit auf marxistisch-leninistischer Grundlage kann gegenwärtig keine Rede sein – die kommunistischen und Arbeiterparteien, innerhalb und außerhalb der SolidNet-Gruppe, befinden sich immer noch im dynamischen Differenzierungsprozess, der zu Beginn der 1990er Jahre losgetreten wurde und zu unterschiedlichen Resultaten, Zwischenergebnissen und Wendungen führte und führt. Vielerorts und insgesamt ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Unabdingbar ist natürlich die Stärkung jener Parteien, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehen, darunter die Partei der Arbeit Österreichs. Diese Parteien müssen national und international wachsen und ihre Zusammenarbeit vertiefen, um gemeinsam eine Rolle im weltweiten Klassenkampf spielen zu können, die dann auch in

der Realität und nicht nur im berechtigten Anspruch in der Tradition und Fortführung des Bundes der Kommunisten, der I. Internationale, der früheren II. Internationale sowie der III., der Kommunistischen Internationale steht. Das ist unsere Aufgabe, in Abgrenzung zum Revisionismus und Opportunismus, zum Reformismus und „linken Radikalismus“, aber auch zu zentristischen Eiertänzern sowie „Wahl-“ und „Realpolitikern“, denn auch diese standen und stehen am Ende des Tages immer auf der falschen Seite der Barrikade. Die Partei muss ihren eigenen Weg gehen, der bestimmt voller Mühen sein wird, denn nichts ist den Herrschenden und ihren „linken“ Lakaien mehr verhasst als der Marxismus-Leninismus – weil sie auch nur vor diesem Angst haben, so sehr, dass die Geschichte des Kommunismus bis heute Verleumdungen und Lügen auf allen Kanälen ausgesetzt ist, nicht zuletzt die Geschichte der Komintern.

100 Jahre nach Gründung der Kommunistischen Internationale können wir festhalten, dass deren Bildung und Aufbau Meilensteine bei der Schaffung der kommunistischen Weltbewegung waren. Sie war der Ausgangspunkt für den Sieg über den historischen Faschismus, für erfolgreiche Revolutionen des 20. Jahrhunderts, für das Ende des Kolonialsystems, für den begonnenen Übergang der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus in unserer Epoche. Den zwischenzeitlichen Rückschlägen zum Trotz ist der Weg beharrlich und konsequent, unbeugsam und unversöhnlich, diszipliniert und opferbereit fortzusetzen: In Österreich durch die PdA, in Zusammenarbeit mit der KJÖ, dem KSV und der KOMintern; auf internationaler Ebene gemeinsam mit den befreundeten marxistisch-leninistischen Parteien und in den gegebenen internationalen und europäischen Vereinigungen, an deren stetiger Optimierung natürlich zu arbeiten ist. Kein anderer Weg wird zum Sozialismus und Kommunismus führen – im gegenwärtigen 21. Jahrhundert und darüber hinaus. Das 200. Jubiläum der Gründung der Kommunistischen Internationale wollen wir im Sozialismus feiern.

# Keine Formel für die Ewigkeit – Bündnisstrategien im Wechsel kapitalistischer Verhältnisse

*Von Gerfried Tschinkel*

*„Bereitwillig hält man das, was einmal wirkte,  
noch für eine Waffe und scheut den Kampf,  
der neue Waffen verlangt.“*

Ernst Wimmer (Wimmer 1974: 34)

## 1. Theorien und Hypothesen

Als Ernst Wimmer nach dem Niedergang des real existierenden Sozialismus in der UdSSR und in Osteuropa über den Nutzen des bisherigen Theoriebestandes kommunistischer Parteien nachdachte, hätte er, wie viele andere es getan haben, einfach vor den herrschenden Verhältnissen kapitulieren können. Nur zu oft sind Theorien, die zum klassischen Inventar zählten, wenn schon nicht entsorgt, so doch zerpfückt worden, bis nicht mehr viel davon übrig blieb und der Marxismus dem voreiligen bürgerlichen Siegestaumel preisgegeben wurde.

„Hat der Zusammenbruch des ‚realen Sozialismus‘ in Osteuropa den Marxismus begraben? Wer – aus welchen Gründen immer – zu dieser Antwort neigt, wird auch behaupten: Irgendwo liegt als ein Trumm auch die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den Trümmern. Das wäre allerdings höchst merkwürdig. Zur Theorie und zur Strategie wurde sie, beginnend in den sechziger Jahren, von kommunistischen Parteien der hochentwickelten kapitalistischen Länder gestaltet, ausgehend von eigenen Bedingungen und Analysen, als Ausdruck einer wenn auch sehr vorsichtigen Emanzipation von pauschalen ‚weltstrategischen‘ Einschätzungen der KPdSU, von der alten Komintern-Tradition, dass Strategie von

dort ausgehen und dort gutgeheißen werden müsse.“ (Wimmer 1991: 97)

Dennoch, der Niedergang des Sozialismus sowie auch die Entwicklung, die der Imperialismus eingeschlagen hat, lassen auch die strategische Orientierung nicht unberührt. Wimmer merkt an, dass die antimonopolistische Theorie nur wenig Bedeutung in der Praxis hat. Dass nicht klar ist, wie sich das Wissen von der Gegnerschaft zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in die Praxis hineinbringen lässt. Dies verlangt ein richtiges Verständnis der ökonomischen Bedingungen des aktuellen Kapitalismus und wie sich seine Herrschaft auf alle Lebensbereiche der Menschen konkret auswirkt, sodass man auch politisch ansetzen kann. Dort, wo man die jeweiligen Erscheinungen, die den Menschen bewusst sind, auf das Wesen zurückführen kann, kann es auch gelingen, die unterschiedlichen Schichten und Klassen gegen den Kapitalismus als Gesamtsystem in Bewegung zu bringen, entlang seiner Widersprüche. Was Wimmer vor allem (auch selbstkritisch) bemängelt, ist „die weitgehende Ausklammerung der politischen Ökonomie“ und die fehlende Verzahnung von Politik und Ökonomie, die „Wechselwirkungen zwischen Basis und Überbau“. (Ebd.: 100)

Wimmer unterstreicht, dass die antimonopolistische Demokratie nur eine Hypothese ist. Und unter einer „Hypothese“ versteht man gemeinhin eine Annahme (wenn sie auch durch Vernunft begründet sei), die es erst zu beweisen gilt. Die Wahrscheinlichkeit einer Etappe der antimonopolistischen Demokratie verweist jetzt nur noch auf geschichtliche Erfahrungen bisheriger Revolutionen, aber ob „eine neue Gesellschaftsordnung überhaupt über diesen Weg zu erreichen ist, lässt sich nicht voraussagen (...)“. (Ebd.: 101)

In seinen Überlegungen, die von der Niederlage des „realen Sozialismus“ geprägt waren, geht Wimmer zudem darauf ein, dass die antimonopolistische Demokratie nicht zu verwechseln ist mit der antimonopolistischen Orientierung überhaupt. Wimmer wendet sich gegen die Vorstellung von den „reinen“ Formen des Klassenkampfes. Alle bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass es ohne den Kampf entlang verschiedener Widersprüche des Kapitalismus keine Revolu-

tion geben wird. Die antimonopolistische Demokratie bleibt eine Hypothese. „Doch wie soll man jenseits der Frage ihrer Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit je dem bestehenden System ohne antimonopolistische Orientierung beikommen, wenn sein bestimmendes Grundmerkmal die Verbindung der Macht des Staates und der Monopole ist?“ (Ebd.: 101)

### Keine Frage des Geschmacks

Dass Revolutionen nicht geradlinig verlaufen, sollte klar sein, wie auch, dass die Arbeiterklasse nicht die einzige Klasse ist, die in Opposition zum Kapitalismus steht. Hieraus können sich antimonopolistische Bündnisse mit anderen Bevölkerungsschichten ergeben, welche entlang der Widersprüche des Kapitalismus herbeizuführen sind.

Der Meinungsstreit dreht sich heute vor allem um die Übergangsphase der antimonopolistischen Demokratie, also einer Phase, wo politische und ökonomische Macht der Arbeiterklasse noch nicht zusammenfallen, der Sozialismus und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel noch nicht errungen und vollends durchgesetzt sind. Die Meinungen darüber, welche Bedeutung diese strategische Konzeption in der Geschichte der kommunistischen Bewegung bisher hatte, reichen von „Keine Revolution ist bisher anders verlaufen“, bis zu „Die antimonopolistische Demokratie hat bisher keine Rolle gespielt und wird es auch nie.“

Für Wimmer blieb die antimonopolistische Demokratie eine Hypothese. Sie mit der Realität vergangener Revolutionen zu konfrontieren, macht nur dann Sinn, wenn man versucht zu verstehen, aus welchem historischen Zusammenhang heraus sie entstanden ist. Man kann darüber streiten, ob etwa die mittel- und osteuropäischen Volksdemokratien im Einfluss der Sowjetunion anfangs den Weg eines antimonopolistischen Übergangs beschrritten. Was die DDR betrifft, so ist bekannt, dass der Ausbildung des Sozialismus eine antifaschistisch-demokratische Orientierung vorausging. Man mag dennoch annehmen, dass schon in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse „entschieden“ gewesen sei.

Selbst aber wenn es zuträfe, dass die Machtfrage dank der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland politisch „gelöst“ war, in ökonomischer Hinsicht war längst nicht alles entschieden. Und es konnte auch nur von der Arbeiterklasse im Bündnis mit „antimonopolistischen“ Kräften entschieden werden. Anfangs wurden, gemäß der Entscheidung des Volkes, die Großunternehmer enteignet, die an den Verbrechen Hitlerdeutschlands beteiligt waren. Was gleichbedeutend mit der Entmachtung des gesamten Monopolkapitals war und der Überführung von entscheidenden Betrieben in Volkseigentum. „Die Enteignung der Kriegsverbrecher und die Festigung des volkseigenen Sektors der Wirtschaft vollzogen sich in einem erbitterten Klassenkampf. Mit allen Mitteln versuchte die Großbourgeoisie, ihre Entmachtung zu verhindern. Ebenso wie viele Junker versuchten auch die Monopolisten, durch gefälschte Verkaufs- und Schenkungsurkunden der Sequestrierung und Enteignung zu entgehen, versuchten sie, die rechten Flügel der bürgerlichen Parteien für ihre Machenschaften auszunutzen.“ (Nick 1962: 90)

Die Diskussion darüber, wie man diese Entwicklungsformen einzuschachteln hat, geht aber am eigentlichen Kern des Problems vorbei, aus vergangenen Revolutionen die Lehren für die Gegenwart zu ziehen. Und zwar ausgehend von den heutigen Bedingungen der Produktionsverhältnisse und Klassenkonstellationen.

### **Wo geht's hier zum Übergang?**

Die ökonomischen Bedingungen ändern sich, und dem muss auch die Strategie Rechnung tragen. Es gibt zwei jüngere Stränge strategischer Orientierung, die unterschiedlichen marxistischen Theorietraditionen zugehörig sind. Beide berufen sich jedoch auf die Analyse des Kapitalismus als staatsmonopolistischem Kapitalismus (SMK). Das ist zum einen eine „antimonopolistische“ Orientierung im Rahmen des Kapitalismus, eine Orientierung auf eine „Reformalternative“. Und zum anderen die „antimonopolistische Demokratie“.

Die Theorie der Reformalternative geht davon aus, dass eine „Gegenmacht“ unterschiedlicher Kräftegruppierungen dazu in der Lage

sei, unter anderem „die Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital zu beschränken“ und den Spielraum für „Mitbestimmung in der Wirtschaft zu erweitern“ (Huffschmid/Jung 1988: 114). Innerhalb des Kapitalismus ist es demnach möglich, politisch auf die ökonomische Gestaltung im Sinne der Mehrheit der Menschen und im Rahmen eines „neuen Demokratisierungstyps“ Einfluss zu nehmen. Diese Annahme, dass sich der politische „Gestaltungsraum“ so erweitere, resultiert daraus, dass Staat und Monopol miteinander identifiziert werden. Der Staat ist das Monopol. Erlangt man demokratischen Einfluss auf das Staatsgeschehen, so auch auf die ökonomischen Verhältnisse, wodurch „diese Demokratisierung auch im Kernbereich der Gesellschaft, der Ökonomie“ (Ebd.: 65) durchgesetzt werden könne. Demokratisierung müsse demnach „weit in den techno- und sozioökonomischen Raum greifen“ (Ebd.: 89). Die Notwendigkeit des Sozialismus erübrigt sich.

Davon zu unterscheiden ist die in unserer kommunistischen Tradition vertretene antimonopolistischen Demokratie. Wimmer, wie auch andere Theoretiker der antimonopolistischen Demokratie, sehen auch zur Erreichung selbiger den revolutionären Bruch mit dem bürgerlichen Staat als notwendig an. Zur Erringung der Übergangsphase ist es nötig, die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu erobern, damit ökonomische Umgestaltungen im Interesse der Mehrheit überhaupt möglich werden.

Dass es dazwischen, oder besser gesagt, darüber hinaus, so mancherlei Abstufungen gibt, ist bekannt. Varianten reichen bis hin zur Verneinung der Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus in Gestalt moderner Transformationsfantasien. Das abgehobene Geschäft jener, die sich selbst in der Rolle eines Regulators sehen, zielt auf die Illusion, dass viele „kleine Transformationen“, also Reformen innerhalb des Kapitalismus, irgendwann in einer „großen Transformation“ münden könnten, die über die bestehende Gesellschaftsordnung hinausweisen soll (Vgl. Goldberg/Reusch 2016: 41-57). Aber woher nimmt die „doppelte Transformation“ den Übergang von der einen in die nächste, „große Transformation“? Ihr fehlt das Subjekt des Bruchs mit dem Kapitalismus. Es muss indes konkret be-

stimmt werden. Denn für sich genommen können einzelne Reformschritte das Kapital nie überwinden. Sie reproduzieren es vielmehr ins Unendliche. Damit ist die Revolution überflüssig.

Es gibt demgegenüber aber auch das andere Extrem, dass man politisch eigentlich gar nichts durchsetzen kann, solange nicht der Sozialismus, die ökonomische Macht errungen ist.

## **2. Politik und Ökonomie**

Der Kapitalismus ist immer geprägt von Klassenkämpfen. Gewerkschaftlicher Kampf etwa kann Zugeständnisse der Unternehmer erzwingen, die entgegen ihren Profitinteressen sind. Dennoch bedeuten Zugeständnisse an Beschäftigte noch keine prinzipielle Kurskorrektur. Eine Kapitalgruppe kann gegen die andere erliegen, dennoch erlischt damit nicht das Kapitalverhältnis überhaupt. Das Kapital ist anpassungsfähig. Und sofern es dadurch nicht in seiner Existenz bedroht ist, auch zu Umwegen bereit, wenn erzwungen. Dennoch werden sich langfristige Grundgesetze der Kapitalakkumulation geltend machen, da sich der Kapitalismus im Wesentlichen – trotz aller staatlicher Eingriffe – unbeherrscht und hinter dem Rücken der Produzenten fortentwickelt. Es gibt somit ökonomische Gegebenheiten, die sich nicht gestalten lassen. Die sich vielmehr spontan entwickeln. Und in dieser Spontanität des Kapitalismus liegt auch der Grund für Krisen.

Die Frage ist immer: Kämpft die Arbeiterklasse einen rein ökonomischen Kampf gegen die Kapitalisten, bleibt er rein gewerkschaftlich, oder wird er politisch? Und damit ist nicht gemeint, dass man bloß versuche, den gewerkschaftlichen Kampf staatlich und in Gesetzestext abzusichern, sondern, dass man den politischen Kampf allgemein führe, also als Ringen um die Macht. Wenn man für die „Verstaatlichung“ von Betrieben eintritt, so ist damit noch nichts gewonnen, denn dem Inhalt nach bleiben die verstaatlichten Betriebe Stützen der kapitalistischen Profitwirtschaft, solange man nicht zur wirklichen Vergesellschaftung der Produktionsmittel fortschreitet. Mit dem Versuch des Eingreifens in die kapitalistische Steuergesetzgebung wird man nicht die Klassenherrschaft der Monopolisten brechen. Und mit einer gut

gemeinten und gut durchdachten Investitionspolitik wird man auch nicht die Krisen des Kapitalismus aus der Welt schaffen.

Der Unterschied im Kampf auf ökonomischer und politischer Ebene im Kapitalismus besteht darin, „dass gewisse ökonomische Übel dem Kapitalismus schlechthin eigen sind, unabhängig von der Art seines politischen Überbaus, dass es ohne die Beseitigung des Kapitalismus ökonomisch unmöglich ist, diese Übel zu beseitigen, und dass kein einziges Beispiel für eine derartige Beseitigung angeführt werden kann. Politische Übel hingegen bestehen in Abweichungen vom Demokratismus, der ökonomisch „auf dem Boden der bestehenden Ordnung“, d.h. im Kapitalismus, durchaus möglich ist und ausnahmsweise im Kapitalismus auch verwirklicht wird (...)“. (Lenin 1987: 66)

Es stimmt schon, wenn wir den Sozialismus noch nicht errungen haben, dann bleiben uns auch kaum Möglichkeiten der ökonomischen Gestaltung. Aber ohne den Kampf um politische Veränderung, ohne das Beanspruchen von Mitbestimmung und Kontrolle in verschiedenen Institutionen und Gremien, ohne Kampf um „demokratische Rechte“, um Gleichstellung und Emanzipation, wird den Menschen gar nichts bewußt. Sie bleiben untätig und werden nur dazu gedrängt, die Zustände zu akzeptieren. Gerade indem man auf Mitentscheidung wirklich besteht, entpuppt sich, früher oder später, dass allein mit der formalen Gleichheit, mit dem Mitspracherecht in von oben diktierten Entscheidungsabläufen noch nichts erreicht ist. Der Kapitalismus muss fallen. Aber ohne den Versuch politischer Veränderung im Rahmen des Bestehenden kann es auch keinen Sozialismus geben.

„Die ganze „Demokratie“ besteht in der Proklamierung und Realisierung von „Rechten“, die im Kapitalismus nur sehr begrenzt und sehr bedingt realisiert werden können, ohne diese Proklamierung aber und ohne den unmittelbaren, sofortigen Kampf um diese Rechte, ohne die Erziehung der Massen im Sinne eines solchen Kampfes ist der Sozialismus unmöglich.“ (Ebd.: 69)

Wenn man den politischen Kampf um die Macht aufgibt oder vernachlässigt, ihm nicht alles unterordnet, gibt man den politischen

Kampf überhaupt auf und agiert nur noch „ökonomistisch“, entlang von Einzelangriffen des Kapitals, ist ihm ausgeliefert und sein Anhängsel. Indem man andererseits, vom „radikalen“ Standpunkt aus, den politischen Kampf um Einflussnahme und Verbesserungen im Rahmen des Kapitalismus aufgibt, gibt man gleichzeitig den Kampf um die Macht auf. Jeder Ansatz für sich genommen hat somit das selbe Resultat: Die Unmöglichkeit des Sozialismus.

Zum Kampf um politische Einflussnahme gehört auch der Kampf um gewerkschaftliche Reformen, um staatliche Maßnahmen zu erzwingen. Natürlich reicht das nicht. Es ist jedoch auch falsch anzunehmen, der politische Kampf um gewerkschaftliche Reformen würde den Verzicht auf den Kampf um die staatliche Macht bedeuten. Er ist vielmehr, neben anderen Feldern der Auseinandersetzung, ein notwendiges Mittel des Kampfes um die ganze Macht (Vgl. Marx 1981: 194, sowie Engels 1982: 257 – 260). Der politische Kampf, den die Gewerkschaften zu führen haben, wächst aber über die rein gewerkschaftlich-klassenmäßige Aktivität hinaus. Es gilt, sich allgemeinen politischen und sozialen Bewegungen zu eigenen Zwecken anzuschließen. Sodass die Gewerkschaftsbewegung auch zum „Bewusstsein ihrer großen historischen Mission“ (Marx 1981: 197) komme.

Es gilt nicht, „die Demokratie“ zu erobern, es gilt, die Staatsmacht zu erobern. Der Kampf um Demokratie ist immer mit einem konkreten Inhalt verbunden, mit Interessen, die es durchzusetzen gilt. „Demokratie“ ist indes eine Abstraktion im Kopf des Sozialwissenschaftlers und ein leeres Wort im Munde herrschender Politiker. Mit der Zurückweisung des demokratischen Kampfes, erliegt man jedoch demselben Schein, den die bürgerliche Demokratie gerade bewirkt. Dass die Mitsprache aller in der bestehenden Gesellschaft gegeben sei (oder „mehr Mitsprache“ eben nicht möglich ist), mit dem Resultat, nicht über den gegebenen Zustand der Gesellschaft hinauszukommen. Als läge ein Wall der Trennung zwischen Gesellschaft und gesellschaftlicher Herrschaft, der nicht durchbrochen werden kann.

Die Gegensätzlichkeit unterschiedlicher Versuche, um gegen den Kapitalismus anzukämpfen, resultiert aus den Verhältnissen des Kapita-

lismus selbst: „Die demokratische Republik widerspricht „logisch“ dem Kapitalismus, da sie „offiziell“ den Reichen und den Armen gleichsetzt. Das ist ein Widerspruch zwischen der ökonomischen Basis und dem politischen Überbau. Zum Imperialismus steht die Republik im gleichen Widerspruch, vertieft und vervielfacht dadurch, dass die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol die Realisierung der verschiedenen politischen Freiheiten noch mehr „erschwert“.“ (Lenin 1987: 38)

### **Der Staat als ökonomische Potenz**

Dass sich bisherige Revolutionen immer um die Frage von ökonomischer und politischer Macht gedreht haben, liegt nahe. Geschichtliche Umwälzungen, wie etwa die bürgerliche Revolution in England, sind aber gar nicht anders zu verstehen, als unter Berücksichtigung der Wechselwirkung von Politik und Ökonomie. Leo Kofler führt in „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ hierzu aus:

„Man vergisst bei der Beurteilung der Zeit des Übergangs von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft, dass das Interesse des Bürgertums hauptsächlich deshalb auf die Schwächung der ökonomischen Position des Feudalismus gerichtet war, weil damit auch die feudale Machtposition, durch die der Adel den Staat beherrschte, geschwächt wurde, und nicht, weil die bürgerliche Klasse sich der feudalen Ökonomie selbst bemächtigen wollte. An ihr blieb das Bürgertum verhältnismäßig uninteressiert. Sucht man also den Grund für die sozialen Gegensätze zwischen Adel und Bürgertum im rein Ökonomischen, dann wird sich erstaunlicherweise nicht nur für England, sondern ebenso für den Kontinent ihre „verhältnismäßige Begrenztheit“ herausstellen (...).“ (Kofler 1992: 10). Erst in späterer Zeit hatte das Bürgertum „jenen Reifegrad erreicht, um zu erkennen, dass die feudale Gefahr ernstlich und für dauernd nur beseitigt ist, wenn die sozialen Verhältnisse des Landes von Grund auf umgewälzt werden.“ (Ebd.: 11)

Der Unterschied der sozialistischen zur bürgerlichen Revolution jedoch ist, dass das bürgerliche Eigentum sehr wohl (eine Zeit lang) neben dem feudalen bestehen kann, während das bürgerliche Eigentum

nicht neben dem sozialistischen Gemeineigentum bestehen bleiben kann. Das Bürgertum braucht die politische Macht, um die ökonomische abzusichern. Wie auch die Arbeiterklasse. Nur dass das Proletariat politisch nur herrschen kann, wenn es sich das Eigentum als Ganzes unterwirft. Der Staat und die jeweilige Organisation des Staatswesens entspringen aus den ökonomischen Bedingungen und Erfordernissen. Aber die Staatsmacht ist, wie Marx sagt, selbst eine ökonomische Potenz. „Oder warum kämpfen wir denn um die politische Diktatur des Proletariats“, schreibt Engels, „wenn die politische Macht ökonomisch ohnmächtig ist? Die Gewalt (d.h. die Staatsmacht) ist auch eine ökonomische Potenz!“ (Engels 1967: 493)

### **3. Die verdoppelte Revolution**

Eine ökonomische Begründung für die Phase der antimonopolistischen Demokratie findet sich bei Paul Boccara, bzw. bei den Mitarbeitern der Abteilung Ökonomie im Zentralkomitee der Französischen Kommunistischen Partei und der Zeitschrift „économie et politique“. Wenngleich hier die von Ernst Wimmer behandelte „antimonopolistische Demokratie“ unter etwas anderen Gesichtspunkten beleuchtet wird, die Bezeichnungen „demokratische Nationalisierung“ oder „fortgeschrittene Demokratie“ stellen auf dasselbe ab. Die politische Orientierung wird abgeleitet aus der bestehenden Situation des staatsmonopolistischen Kapitalismus, dessen Krise die Schranken des Eigentums deutlich werden lässt, das in seiner ausgeprägten Gestalt die des Monopols angenommen hat. Das Monopolkapital bestimmt den Gang der Wirtschaft und blockiert die weitere Entwicklung. Es bezieht den Mehrwert nicht nur direkt mittels der Ausbeutung der Arbeiter, basierend auf der Akkumulation des Einzelkapitals, sondern in Form des Monopolprofits. Somit bedrängt es auch das Kleinkapital und beschneidet es durch Umverteilung des gesellschaftlichen Profits. Der Kleineigentümer muss daher ständig Gefahr laufen, in den Ruin getrieben zu werden und durch monopolistische Preisbildung am Markt zu unterliegen. Die Monopole wälzen die Last der Krise nicht nur auf die Arbeiterklasse ab, sondern auch auf andere nicht-monopolistische Schichten.

„Die kapitalistische Akkumulation wird immer differenzierter, was innere Widersprüche innerhalb der Kapitalistenklasse selbst hervorruft und entwickelt, daher die Teilung dieser Klasse vertieft und insbesondere den Gegensatz zwischen Finanzoligarchie und den anderen, nichtmonopolistischen kapitalistischen Schichten verschärft. Die Mittelschichten, die kleinen nichtkapitalistischen Warenproduzenten, trennen sich überdies immer mehr von der kapitalistischen Bourgeoisie.“ (Autorenkollektiv 1972: 341 f.)

Man beachte, dass sich hier eine Bruchlinie vor allem zwischen dem monopolistischen Eigentum, in Gestalt des Finanzkapitals, und den nichtmonopolistischen Schichten ergibt. Diese nichtmonopolistische Schichten lassen sich jedoch noch einmal in kapitalistische und nichtkapitalistische (kleine Warenproduzenten, Mittelschichten usw.) unterscheiden. Die Arbeiterklasse steht ohnedies im Widerspruch zum Kapital.

Aus dieser ökonomischen Differenzierung, hier der monopolistische Sektor mitsamt Monopolprofit, dort das Kleinunternehmertum, das einen Teil des geschaffenen Mehrwerts an das Monopolkapital zu zahlen hat, resultiert die politische Vorstellung einer doppelten Revolution. Es gilt die politische Macht zu erlangen, um ökonomisch das Monopolkapital zu schlagen, also jenes Eigentum zu nationalisieren, das im Wesentlichen in der Hand der großen Monopole liegt. Der Schwerpunkt dabei setzt auf „die untere Grenze der antimonopolistischen Nationalisierung, die erforderlich ist, damit die monopolistische Akkumulation und Profitwirtschaft nicht mehr die gesamte nationale Wirtschaft beherrschen.“ (Boccaro 1976: 242)

Diese ökonomische Herrschaft der Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten, mitsamt des Kleinkapitals, erfordert nicht weniger als eine revolutionäre Eroberung der Staatsmacht. Die ökonomische Macht bleibt aber sodann zweigeteilt. Es macht einen Unterschied, ob in der Überwindung kapitalistischer Strukturen die einfache Warenproduktion fortbestehen bleibt, wo der Eigentümer für sich selbst arbeitet, oder aber, ob das Kapital fortbesteht. Was einschließt, dass der Eigentümer von Produktionsmitteln weiterhin in die Lage versetzt ist,

fremde Arbeit zu kommandieren, die Ware Arbeitskraft zu seinem Lebensunterhalt zu konsumieren. Die Phase der antimonopolistischen Demokratie beinhaltet nicht nur Warenproduktion und Tausch, sie beinhaltet den Fortbestand des Kapitals in einigen Bereichen der Ökonomie. In der Wirtschaft der „fortgeschrittenen Demokratie“ soll es „Formen geben, die der Profitrate, dem Produktionspreis oder sogar dem Zinssatz ähnlich sind. Diese Formen können sogar nach wie vor von erstrangiger Bedeutung sein.“ (Ebd.: 266)

Die antimonopolistische Demokratie bricht mit dem Monopolkapital, aber nicht mit dem Kapital überhaupt. Daher auch die Situation, dass die politische Macht im Staat Ausdruck der Herrschaft der nichtmonopolistischen Schichten ist, wobei sich die ökonomischen Bedingungen gegen die politische Macht verselbständigen müssen. Die Arbeiterklasse hat sodann die weitere Vergesellschaftung, mit dem Ziel des Sozialismus, zu betreiben. Sie agiert aber nicht bloß gegen das Kapital, sie agiert aus ihrer politisch herrschenden Stellung heraus. Sie hat eine zweite Revolution zu machen. Aber für den Erhalt ihrer politischen Macht, für ihre Erweiterung und zur Eroberung der ungeteilten ökonomischen Macht. Wenn die „fortgeschrittene Demokratie einmal errichtet ist, wird der zum Sozialismus führende, harte ideologische und politische Klassenkampf nicht mehr die Form des Aufstandes annehmen, da er sich auf das aktive Eintreten der breitesten Massen für die Errichtung der neuen Ordnung stützen kann. Sie wird auch nicht aus einer nationalen Wirtschaftskatastrophe hervorgehen. Das Gegenteil ist der Fall. Der sich um die Arbeiterklasse scharende revolutionäre Kampf würde sich auf sehr positive Ergebnisse stützen, die bereits von der fortgeschrittenen Demokratie in allen Lebensbereichen errungen wurden. Damit würde die Bourgeoisie isoliert und der Kapitalismus selbst überwunden, der ein Hindernis bei der Weiterentwicklung dieser demokratischen und sozialen Errungenschaften entsprechend den Möglichkeiten der wissenschaftlichen Revolution darstellt. Unter diesen Bedingungen ist vom Beginn der fortgeschrittenen Demokratie an die Beherrschung der wirtschaftlichen Entwicklung erforderlich, die das Problem der neuen Regulierung und ihrer ökonomischen Formen während der Übergangsphase aufwirft.“ (Ebd.: 259)

Ob diese Strategie der antimonopolistischen Orientierung und in weiterer Folge der antimonopolistischen Demokratie aufgehen hätte können, ist nicht abstrakt zu beurteilen. Diese Frage wurde, wie in Frankreich, geschichtlich beantwortet. Wir können auch überhaupt nicht in Erfahrung bringen, ob die Strategie von damals gegenwärtig etwas taugt, denn die Bedingungen hierfür sind heute schon nicht mehr gegeben. Die „Entwickler“ der Strategie zeigen uns aber auch selbst die Richtung an, wohin sich der Kapitalismus weiter bewegt: „Solange das Kräfteverhältnis zwischen dem Mammutunternehmen und dem Zulieferer so ist, dass der Gesamtprofit zugunsten des Mammutunternehmens umverteilt wird und dem kleinen und mittleren Unternehmer nur ein geringer Teil verbleibt, ist weder die Eingliederung noch die Fusion erforderlich. In einigen Fällen hat sich die Lage des Zulieferbetriebes jedoch sehr stark verschlechtert (...), während das Großunternehmen aber weiterhin auf die technische Zulieferung angewiesen ist. Die Eingliederung (oder die indirekte Durchdringung durch das Finanzkapital, durch eine Gruppe, der das Mammutunternehmen angehört) wird also notwendig.“ (Autorenkollektiv 1972: 349)

Die Phase der antimonopolistischen Demokratie bleibt eine Hypothese, allerdings mehr für die Theoriegeschichtsbücher. Ihre ökonomischen und politischen Voraussetzungen sind heute nicht mehr vorhanden. Die Enteignung des Kleinkapitals indes hat mittlerweile das Finanzkapital mehr oder weniger selbst besorgt.

#### **4. Der Kapitalismus ist nicht stillgestanden**

##### **Finanzkapital – Das Kapital im Allgemeinen**

Das Finanzkapital ist die Verschmelzung von Industrie und Bank. Dies betrifft aber das Eigentum am Kapital und nicht die Funktion des Kapitals. Industrie und Bank bleiben ihrer wirtschaftlichen Kerntätigkeit nach unterschiedene Einheiten. Jedoch monopolisiert das Finanzkapital das zinstragende Kapital, welches ihm das Kommando über fremde Arbeit gibt und so auch über das Mehrprodukt.

Das Finanzkapital ist das Kapital im Allgemeinen. Es vollzieht die Kapitalbewegung  $G - G'$  und hat somit den gesamten Prozess des Kapitals zusammengezogen auf eine absurde Formel, Geld das mehr Geld zeugt. Aber diese Bewegung beinhaltet  $G - W - G'$ , Geld das für den kapitalistischen Produktionsprozess vorgeschossen wird, um sich mittels Ausbeutung der Arbeiter zu verwerten und dem Kapitalisten einen Mehrwert einzubringen. Als verwerteter Wert kehrt das Geld an den Ausgangspunkt der Produktion zurück, um den Prozess erneut zu beginnen. Das Finanzkapital umfasst so den gesamten Umschlag des Kapitals, denn es verfügt über den Mehrwert und schießt erneut Geldkapital zwecks Aufrechterhaltung der Kapitalakkumulation vor. Dies beinhaltet auch die Einheit von Produktion und Zirkulation. Die Momente des Formwechsels, bei denen Geld gegen Ware, zur Fortsetzung der Produktion, und Ware gegen Geld, zwecks Realisierung von Wert und Mehrwert, tauschen muss, sind in die Bewegung des Gesamtkapitals einbegriffen.

Wiewohl das Finanzkapital Produktions- und Zirkulationsprozess umschließt, ist es als Eigentum der Produktion und der Verteilung äußerlich. Es ist nicht nur der Produktion eines bestimmten Gebrauchswerts gegenüber gleichgültig, wie dies für jeden individuellen Kapitalisten gilt, sofern ihm diese Produktion einen Profit einbringt. Das Finanzkapital ist auch dem besonderen Geschäft verschiedener Einzelkapitale gegenüber gleichgültig und somit dem Gebrauchswert überhaupt. Allein das Eigentum erlaubt dem Finanzkapital die Aneignung allen Reichtums. Das Eigentum tritt der gesellschaftlichen Produktion entgegen, was ja bereits im Kapitalverhältnis als solchem eingeschlossen ist. Aber hier treibt das Finanzkapital den Gegensatz auf die Spitze, indem es alles Kapital zu zentralisieren trachtet. Immer wieder werden im Zuge der weiteren Durchbrechung privatkapitalistischer Schranken, mittels Konzentration und Zentralisation des Kapitals, kleinere Kapitale in die Gesamtbewegung des zinstragenden Kapitals integriert und die kleinen Kapitalisten als selbständige Eigentümer ruiniert. Doch die Monopolbildung führt nicht zu einem absoluten Monopol. Das Einzelkapital bleibt bestehen. Wie auch der Gegensatz zwischen Industrie- und Bankkapital. Dass das Finanzkapital das Kapital im Allgemeinen ist, beinhaltet den Wech-

selbezug der Einzelkapitale aufeinander, beinhaltet notwendig auch die Konkurrenz.

Aber war der finanzkapitalistische Profit zu Beginn des Imperialismus das Privileg einiger großer Kapitalgruppen (ursprüngliche Dominanz des Bankkapitals im Imperialismus, dann eine Dominanz des Industriekapitals), wird er mehr und mehr die allgemeine Form der Aneignung des Gesamtprofits. Diese Entwicklung begann sich ab den 1970er Jahren durchzusetzen und zu beschleunigen und hatte mit Beginn der großen Krise ab 2007 ihren vorläufigen Höhepunkt überschritten.

### **Industrieller Monopolprofit**

Das Finanzkapital hebt weder die Konkurrenz überhaupt auf, noch die Grundlage des Monopolprofits im produzierenden Bereich. Der industrielle Monopolprofit entsteht dadurch, dass Produktivitätsfortschritte monopolisiert und nicht weitergegeben werden, somit also ein Extraprofit in einem bestimmten Wirtschaftszweig erzielt werden kann. Marktbeherrschenden Unternehmen gelingt es dauerhaft über dem Produktivitätsniveau der Branche zu produzieren. Die Preise passen sich nicht notwendigerweise an dieses Niveau an, sie sinken also nicht entsprechend dem geringeren Wert je produzierter Ware. Durch den Vorsprung in der Produktion werden Monopolpreise zu Lasten der übrigen produktiven Unternehmen im selben Sektor erwirtschaftet. Die Preise können durch die Regulierung des Angebotes, durch das Knapphalten des Angebotes oder der Erweiterung des Absatzes entsprechend manipuliert werden.

Die Bedingung für das Monopol und den Monopolprofit oder die Aufrechterhaltung von Monopolpreisen ist die Konkurrenz innerhalb eines Sektors und schließt somit auch den nichtmonopolistischen Bereich des Sektors mit ein. Dass das Monopol Waren kaufen und verkaufen muss, schließt zudem ein, dass auch zwischen den Sektoren die Konkurrenz weiterhin herrscht. Sie herrscht zwischen Monopolen, zwischen nichtmonopolistischen Kapitalisten, sowie auch zwischen Monopol und nichtmonopolistischen Kapitalisten. Allerdings

ist im Imperialismus die Wanderung des Kaitals zwischen den einzelnen produktiven Branchen blockiert und erfordert unter anderem eine gewisse Mindesthöhe an Kapital. Daher kann es auch keinen einheitlichen monopolistischen Durchschnittsprofit verschiedener Monopolisten geben. Die Höhe des Monopolprofits ist von Sektor zu Sektor verschieden und wird, wenn man so will, durch die ökonomische Macht des einzelnen Monopols mitbestimmt.

### **Bank und zinstragendes Kapital**

Auch Monopolbanken erzielen einen Monopolprofit. Allerdings schaffen Banken selber keinen Wert. Sie sind auf die Schaffung des Mehrwerts im industriellen Bereich angewiesen, denen sie Kapital zur Verfügung stellen. Insgesamt stellt das zinstragende Kapital einen Kapitalvorschuss dar, der nach geplanter Verwertung des Kapitals, dem Verleiher, angereichert um einen Zins, zurückfließt. Der Zins ist Abzug vom Mehrwert, vom Profit des industriellen Kapitalisten, der das Kapital zur Mehrwertproduktion angelegt und also Arbeiter ausgepresst hat. Das was vom Profit des fungierenden Kapitalisten nach Abzug des Zinses übrig bleibt, ist der Unternehmergewinn.

Anders als das Kaufmannskapital, das ebenso am industriellen Profit partizipiert, geht das zinstragende Kapital aber nicht in den Ausgleich der industriellen Profitraten ein. Das zinstragende Kapital wird nicht dem Gesamtkapital der Industriellen zugeschlagen. Es ist das vorge-schossene Kapital. Oder eben nur der Anspruch auf das wirkliche Kapital, das der Industrielle verausgaben muss. Das Kapital existiert nicht doppelt, einmal als wirkliches Kapital und einmal als zinstragendes. Es hat immer nur eine bestimmte Form, als das es eben gerade verausgibt ist, sei es als Warenkapital, Geldkapital etc. Aber das Kapital und der Anspruch daran sind zwei verschiedene Dinge. Das Kapital mag da in den Büchern des einen Kapitalisten als Anspruch auf einen Ertrag bestehen, oder in Form des Aktienkurses beständigen Schwankungen ausgesetzt sein. Es hat sich aber nur seine äußere Gestalt verdoppelt, in einen prozessierenden Wert und einen rein fiktiven, der durchaus ein Eigenleben führt. Die Bank ist gewissermaßen Vertreter des fiktiven Kapitals, und so gesehen das genau Gegenstück zum Kapital in

Anwendung, zum industriellen Kapital. Obgleich also das zinstragende Kapital selbst nicht wertschaffend ist, fordert es seinen Anteil vom industriellen Profit. Es repräsentiert das Kapital als Eigentum gegenüber dem Kapital in Funktion.

### **Finanzkapitalistischer Profit**

In der Entwicklung des Kapitalismus wurde der fungierende Kapitalist immer weniger Eigentümer des Kapitals. Aber erst mit dem Imperialismus beginnt sich eine kleine Klasse der Großeigentümer abzusondern, welche sich immer mehr den ganzen Produktionsprozess unterwirft.

Das qualitativ Neue am Finanzkapital ist, dass es sich den Profit als Ganzes aneignen kann. Der finanzkapitalistische Monopolprofit hat nicht die Teilung des Profits in den Profitbestandteil, der den fungierenden Kapitalisten zukommt und in den Profitbestandteil, der als Zins fortzuzahlen ist, zum Gegenstand. Der finanzkapitalistische Profit setzt sich aus dem Gesamtprofit des Kapitals zusammen und wird in Form des Zinses bezogen. Das Finanzkapital ist die Verschmelzung des Kapitals von Bank und Industrie in der Form des zentralisierten Eigentums und der Eigentumsansprüche, repräsentiert in diversen Wertpapieren und Kreditflüssen. Der Profit, der vom Finanzkapital mit der Verwertung des zinstragenden Kapitals angeeignet wird, bezieht sich jedoch immer noch auf das eine nur wirklich fungierende Kapital.

### **Finanzkapitalistische „Überlagerung“ der Profitraten**

Damit wird die Verteilungsbewegung des erwirtschafteten Profits neu gesetzt. Freilich bleiben unterschiedliche monopolistische Branchenprofitraten im industriellen Bereich bestehen. Mit dem Anlegen und Abziehen riesiger Summen zinstragenden Kapitals werden die verschiedenen Branchenprofite jedoch eine gewisse Angleichung erfahren. Schon allein deshalb, um die Profitrate bemessen am Gesamtkapital aufrechterhalten zu können. Gleichzeitig aber blockiert das Finanzkapital die Angleichung der Branchenprofitraten, indem

einzelne Profitraten bestimmter monopolisierter Sektoren dauerhaft hoch gehalten werden. Was vom Finanzkapital angeeignet wird, ist der Gesamtprofit berechnet auf das Gesamtkapital. Das Resultat ist kein Durchschnittsprofit bezogen auf die Produktion, wie er jedem Einzelkapitalisten zukommen würde, das Resultat ist ein Durchschnittszins bezogen auf das Eigentum, also bezogen auf das zinstragende Kapital, welches das Finanzmonopol in Bewegung setzt.

Dadurch wird der Kapitalismus nicht widerspruchsfreier. Tendenzen der Monopolisierung finden nie einen absoluten Endpunkt und schaffen aus sich selbst heraus immer neue Konstellationen der Konkurrenz. Keinesfalls werden durch das Finanzkapital die Widersprüche der Warenproduktion aufgehoben oder könnten gar Krisen gemildert werden. Das Gegenteil ist der Fall. Die Wirtschaft ist viel anfälliger für Krisen, selbst wenn natürlich Prozesse der Konzentration und Zentralisation des Kapitals auch notwendig aus Krisenprozessen entstehen und eine Art der spontanen Neuregulierung der Verhältnisse bewirken.

Der grundlegende Widerspruch des Kapitalismus, der von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, bleibt erhalten und zeigt sich gerade in der Einheit der finanzkapitalistischen Herrschaft, die gekennzeichnet ist durch die Trennung von Eigentum und Funktion in höchstem Maße. In der Tendenz muss sich die Finanzoligarchie den Gesamtprofit der Gesellschaft aneignen, während sie nur noch das Eigentum und den Anspruch auf Mehrwert gegenüber den wirklichen Produzenten vertritt. Der Kapitalist ist längst überflüssig geworden für den Produktionsprozess selbst. Und der grundlegende Widerspruch des Kapitalismus wird immer mehr ein direkter Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Nicht „nur“, dass der Kapitalist den Arbeiter ausbeutet. Die Aneignung von Mehrwert steht in einem krassen Gegensatz zu den Erfordernissen der gesellschaftlichen Produktion. Hier stehen die, die arbeiten und nur das Notwendigste erhalten. Dort stehen die, die nichts tun und alles kriegen. Das Mehrprodukt ist in einer Hand zentralisiert im Gegensatz zum notwendigen Produkt. Dies schafft aber auch günstige Voraussetzungen für den Sozialismus.

## Die Kleinunternehmer und ihre Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeit

Im Zuge der monopolistischen Konkurrenz realisieren nichtmonopolistische Kapitale in der Produktionssphäre in der Regel einen niedrigeren Preis für ihre Waren als ihrem individuellen Wert entspricht. Das heißt, ein Teil des Mehrwerts wird als Tribut an das Monopol gezahlt. Die langfristige Untergrenze des Preises ist der Kostpreis, mit dem keinerlei Profit erzielt wird. Der Profit ist aber nicht die Ausnahme. Das Finanzkapital hat aber die Tendenz, den gesamten Profit anzueignen. Der Zins, das ist das Einkommen für den Kapitaleigentümer. Und darin ist auch teils der Unternehmergewinn enthalten.

Insofern dem Kapitalist die Funktion zukommt, selbst Aufseher der Produktion zu sein, kann man auf die Idee kommen, der Unternehmergewinn, den er sich aneignet, sei selbst ein Lohn für seine „Arbeit“ als Funktionär der Produktion. Allerdings hat der einst fungierende Kapitalist die Aufsichtsfunktion heute weitestgehend Managern überlassen. Ohne indes, dass der Kapitalist auf seinen Profit verzichten müsste. Und tatsächlich kann sich der Lohn für eine leitende Funktion vollständig vom Profit und also auch vom Unternehmergewinn trennen, sofern es die Arbeitsteilung erlaubt, leitendes Personal einzustellen, das gar nicht mehr am Eigentum direkt partizipiert.

In seiner Funktion als Ausbeuter ist der fungierende Kapitalist jener, der sich die „Frucht“ dieser Ausbeutung aneignet, Unternehmergewinn. Also der Profit abzüglich des Zinses. Der heutige Kapitalismus verlagert aber die ehemaligen Funktionen des Kapitals mehr und mehr in den Produktionsprozess selbst. Die Aufseher des Ausbeutungsprozesses gliedern sich in die Arbeitsteilung ein, wofür sie einen Lohn für qualifizierte Arbeit erhalten. Der Profit selbst steht den Kapitaleigentümern zu, die ganz außerhalb des Produktionsprozesses stehen. Sie verkörpern mehr und mehr das Eigentum im Gegensatz zum produktiven Prozess.

Der Kleinunternehmer nimmt heute zusehends die Rolle eines bloßen Funktionärs ein, ohne maßgeblich über Eigentum und den erwirt-

schafteten Profit zu verfügen. Er ist erheblich abhängig von Bankkrediten und was er verdient, ist ein „Aufsichtslohn“ für die Leitung des Unternehmens. Er ist bis zu einem gewissen Grad vom Finanzkapital enteignet. Ähnliches vollzieht sich ja auch bei großen Unternehmen wie Aktiengesellschaften. Die Geschäftsführer beziehen ein Gehalt als Teil der Personalkosten der Gesellschaft und der gesamte Profit wird in Form des Zinses (als Zins auf Fremdkapital, Dividenden etc.) bezogen. Dass bei Personengesellschaften der „kalkulatorische Unternehmerlohn“ in der Buchhaltung einmal in Form des Gewinns und einmal in Form fiktiver Kosten erscheint, ändert nichts am Wesen des Aufsichtslohns und ist dadurch bedingt, dass der Unternehmer sich selbst kein Gehalt auszahlen kann. Was ihn nicht daran hindert, es den Geschäftsführern auszuzahlen.

Insofern Kleinunternehmer einen „Aufsichtslohn“ erhalten, stehen sie in Opposition zum Finanzkapital und sie tun es nicht. Sie stehen in Opposition zum Finanzkapital, weil es sich den gesellschaftlichen Mehrwert mehr und mehr einverleibt, sie tun es nicht, weil sie vom Großkapital abhängig sind, das eigene Unternehmen aufrechtzuerhalten, um so auch Unternehmerprivilegien zu genießen. Insofern weiters der Kleineigentümer Funktionär des Kapitals ist, steht er in Opposition zum Finanzkapital und er tut es nicht. Er tut es, sofern sich seine Funktion in den Gesamtprozess der Arbeitsorganisation als notwendige Funktion eingliedert und er daher Arbeiter ist. Er tut es nicht, sofern seine leitende Funktion zur Auspressung von Mehrarbeit dient und er also die Funktion eines Ausbeuters ausübt. Beide Funktionen sind im Kapitalismus nicht voneinander zu trennen.

Der Kleinunternehmer wird um so mehr an das Finanzkapital gebunden sein, als sein Aufsichtslohn Einkommen aus Mehrarbeit vorstellt, und sich der Aufsichtslohn nicht gänzlich geschieden hat vom Unternehmergewinn, also dem Profiteinkommen (des Finanzkapitals). Der Kleinunternehmer steht am ehesten in Opposition zum Finanzkapital, insofern er nützliche Arbeit verrichtet und auch mehr und mehr die Lage der Arbeiterklasse teilt. Diese nützliche Funktion steht allerdings im Gegensatz zu seiner Aufgabe als Vollstrecker des Eigentums, Arbeiter auszubeuten.

## Strategische Schlussfolgerung

Die Illusion, wie sie heute nicht nur teils in linksreformerischen Kreisen herrscht, zuerst gelte es, alle Kräfte, inklusive das Kleinkapital, gegen das Finanzkapital zu vereinen, da erst mit der Überwindung des „Finanzmarktkapitalismus“ ein „fairer Wettstreit“ um gesellschaftliche Alternativen möglich sei, beruht auf einem falschen Verständnis des Finanzkapitals und der Idealisierung des Kleineigentums. Dass allerdings auch manche Vertreter radikalerer Vorstellungen von der Umwälzung der Eigentumsverhältnisse kein korrektes Bild vom heutigen Imperialismus haben, hat dann eher eine Ignoranz gegenüber dem Kleineigentum zur Folge. Auch diese Ansicht beruht auf Vereinfachungen, trennt das Kapital in verschiedene Fraktionen, von denen das Finanzkapital nur eine sei und erklärt den Krieg gegen das Kapital im etwas zu abstrakten Allgemeinen, dem sich der Staat, ohne eine ernsthafte Differenzierung innerhalb der Kapitalistenklasse vorzunehmen, so oder so verpflichtet hat. Damit bleibt aber auch die notwendige Einsicht aus, dass der geeinte Kampf der vom Finanzkapital geknebelten und ausgepressten, zugleich der Kampf für die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse an und für sich ist.

Im heutigen Kapitalismus herrscht das Finanzkapital. Insofern der Kampf zwischen Lohnarbeit und Kapital immer mehr vereinfacht ist, sind die im Recht, die klar in Richtung Sozialismus zielen, ohne der Notwendigkeit von Zwischenstadien. Der Sozialismus bietet selbst die Form für Übergänge. Wenn es allerdings darum geht, seine Bündnispartner zu kennen, kann man nicht einfach über Strategien antimonopolistischen Kampfes hinwegsehen. Die antimonopolistische Orientierung sollte nicht der Ablehnung der antimonopolistischen Demokratie zum Opfer fallen. Im Gegenteil ist die konsequent antimonopolistische Strategie notwendigerweise mit dem Kampf um den Sozialismus verbunden. Denn der konsequente Kampf gegen das Finanzkapital bedeutet die Umwälzung der gesamten bestehenden Eigentumsverhältnisse.

## 5. Finanzkapital und Staat

In der Ökonomie, in der Gesamtheit der kapitalistischen Produktions- und Verhältnissen, verallgemeinert sich das zersplitterte Eigentum in der Bewegung des Gesamtkapitals, als ein einziges Eigentum. Die Politik aber vermittelt zwischen dem zersplitterten Eigentum, um im Interesse einiger weniger zu agieren, die vorgeben, das Gesamtinteresse zum Wohle der Menschen zu vertreten. Die Ökonomie betrifft das Gesamtsystem der Stellung aller zum Eigentum. Die Politik vertritt den Eigentümer. Der Staat im heutigen Imperialismus ist aber nicht beherrscht vom Eigentümer „im Allgemeinen“, wengleich dies freilich „ideell“ zutrifft, er ist beherrscht vom Finanzoligarchen, der sich den Staat Untertan macht. Dass es zwischen bestimmten Gruppen der Finanzoligarchie zu Differenzen kommen kann, bezugnehmend auf ihre Stellung als besondere Eigentümer, ändert nichts daran, dass der Staat das Gesamtinteresse der Finanzoligarchie vertritt. Und indem er dieses vertritt, vertritt er auch das „allgemeine Interesse“ des Kapitals. Der Staat ist die politische Herrschaft des Finanzkapitals als dem Kapital im Allgemeinen. Es handelt sich um die Vereinigung von Finanzkapital und Staatsmacht als Gesamtsystem der ökonomischen und politischen Herrschaft. Dennoch werden Finanzkapital und Staat nicht identisch, sind nicht ein und dasselbe.

Die Behauptung, der Staat sei Organisator der Kapitalakkumulation, wie sie von manchen geäußert wird, ist unzutreffend und legt eine Identität von Staat und Kapital ohne Unterschied nahe. Zwar schafft der Staat die politischen Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation und interveniert ökonomisch. Aber das Kapital „organisiert“ sich seine Akkumulation selber. Auch wenn der Staat seit Anbeginn des staatsmonopolistischen Kapitalismus verstärkt in das Eigentum und die Regulierung der Wirtschaft eingreift und so mit der Macht der Monopole verwachsen ist, bleibt er doch Werkzeug der Monopole, ist diesen untergeordnet. Nicht der Staat strukturiert die Ökonomie. Der Finanzkapitalismus schafft sich ein Mittel der übergeordneten Strukturierung der Kapitalverhältnisse im Staat. Und der Staat behält dabei eine gewisse Selbstständigkeit.

Warum existiert der Staat relativ eigenständig „neben“ dem Eigentum? Warum wird die Politik im Kapitalismus ein besonderes Geschäft, „nur Handelsgeschäft wie jedes andre“ (Engels 1968: 563)? Weil der Staat zwischen den Klassen „vermittelt“. Aber im Interesse der Eigentümer, zur Niederhaltung der Unterdrückten und um ihren politischen Kampf zu unterbinden. Der Staat, schreibt Engels, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht, „die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der „Ordnung“ halten soll (...)“. (Engels 1981: 398).

Die Demokratie ermöglicht formal die Teilhabe aller an der Politik. Aber das, was tatsächlich entschieden wird, ist nicht im Gesamtwohl der Menschen. Das gemeinschaftliche Interesse wird nicht im bürgerlichen Parlament vertreten, das nicht die direkte Entscheidungsgewalt des Volkes innehat, sich vielmehr von diesem entfernt und sich gegen dieses verselbständigt. Das Parlament ist überhaupt ein Ort der Scheinbetätigung, von dem sich die Regierung als eigentliche Entscheidungsgewalt abhebt. Worüber die herrschende Politik pro forma abstimmen lässt und welche Entscheidungen sich durchsetzen, unterscheidet sich von den tatsächlichen Interessen des Volkes. Wie auch ein Unterschied zwischen dem besteht, womit bürgerliche Parteien Wähler gewinnen und dem was sie wirklich tun. Was getan wird, bestimmen wenige, im Interesse des Kapitals und gegen das Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung. Die Staatsmacht ist der Form nach Demokratie, dem Inhalt nach Diktatur.

Der bürgerliche Staat erzeugt den Schein, nicht nur zwischen dem Eigentum zu vermitteln, sondern zum Wohle aller Staatsbürger zu vermitteln, in ihrem allgemeinen Interesse, ganz abgesehen davon, dass sie sich in Klassen spalten und nicht alle Menschen auch Eigentümer von Produktionsmitteln sind. Die ökonomischen Funktionen des Staates „lassen Kapitalverhältnisse als gesellschaftliche, als „nationale“ erscheinen; den „Sozialleistungen“ des Staates, den verschiedensten Mitteln des Umverteilens, des Auseinanderdividierens ist überhaupt nicht mehr anzusehen, dass sie größtenteils aus Lohnabzügen stammen, eine verwandelte Form des Werts der Arbeitskraft sind.“ (Wimmer 1991: 99). Somit ist „Sozialpolitik“ auch ein wesent-

liches Moment der Niederhaltung und der Zerstreung gemeinsamer sozialer Interessen der unterdrückten Klasse.

### **Bündnisoptionen**

Will man das Kapital schlagen, so muss man in der nötigen klassenmäßigen Breite dagegenhalten und politisch kämpfen, um politischen Einfluss und um die politische Macht. Es gilt gerade entlang einiger Brennpunkte, die viele Menschen betreffen, die politischen Kämpfe zu forcieren und möglichen Widerstand weiterzutreiben.

Wenn auch der Kleineigentümer ökonomisch in Gegensatz zum Finanzkapital tritt, so artikuliert sich dies nicht entlang des unmittelbaren betrieblichen Widerspruchs von Kapital und Arbeit. Insofern Angehörige der selbständigen Mittelschicht Lohnarbeiter beschäftigen, muss man den gewerkschaftlichen Kampf, etwa für höhere Löhne und geringere Arbeitszeit, auch gegen sie führen. Aber die Ebene der Politik ist vermittelter. Und es wird dort auch Anknüpfungspunkte mit der selbständigen Mittelschicht geben: Man denke etwa an Gegenreformen des Kapitals, die die soziale Stellung vieler anbelangt, auch abgesehen von einem unmittelbaren Arbeitszusammenhang. Wie etwa im Gesundheitswesen, in der Wohnpolitik, bei der Kinderbetreuung und in der Bildung etc.

Um ein aktuelles Beispiel heranzuziehen. Die Proteste der „Gelbwesten“ in Frankreich wurden von der PdA als eine „Bewegung von Mittelständlern, Kleinbürgern und Bauern, Intellektuellen, Studierenden und Schülern, aber auch von Deklassierten“ eingeschätzt. An den Forderungen der Bewegung lässt sich dann auch ablesen, wofür dieses Kleinbürgertum einsteht, das bereit ist, den Kampf auf die Straße zu tragen. Jene Forderungen, die klar einen kleinunternehmerischen Charakter tragen, sind teils direkt gegen die finanzielle Last des Finanzkapitals gerichtet (Steuerentlastung für kleine Unternehmer und stärkere Besteuerung großer Konzerne, Gebührenentlastung für Händler etc.), teils sind sie indirekt gegen das Finanzkapital gerichtet, wenn es darum geht, den eigenen Unternehmerstatus sicherzustellen (Förderung kleiner Unternehmen und Geschäfte, Einheitliches Sozi-

alversicherungssystem für alle statt Selbständigen-Sozialversicherung etc.). Die Forderungen der Bewegung nicht ausschließlich kleinbürgerlichen Charakters sind etwa: Die Begrenzung der Mieten, eine Senkung der Preise für Gas und Strom, keine weitere Schließung von Bahnlinien, Schulen, Geburtskliniken usw.

Das Kleinbürgertum ist jedoch reaktionär, sofern es sich als selbständige Klasse gegenüber der Arbeiterklasse behaupten will, den eigenen Untergang (bedingt durch die drückende Last des Finanzkapitals) aufhalten will, um sich weiterhin im Kapitalismus einzunisten. Der Kleinbürger muss also im politischen Kampf mit der Arbeiterklasse gehen, was entlang mancher Fragen einfach erscheinen mag und entlang manch anderer nicht. Doch der politische Kampf der Arbeiterklasse kann sich gerade nicht um kleinbürgerliche Interessen kreisen. Die artikulierten Interessen der Arbeiterklasse geben die Richtung des politischen Kampfes in die Hand und sind allein dazu geeignet, den hochentwickelten Kapitalismus zu überwinden. Und so gilt es auch, politische Initiativen des Kleinbürgertums zu bekämpfen, insofern sie damit die bürgerliche Herrschaft stützen.

## 6. Die Lösung realer Kämpfe

Der Sozialismus ist auch im Interesse anderer Schichten und nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse. Nur, dass zu seiner Verwirklichung das kämpfende Proletariat eine Voraussetzung ist. Wie kann aber Sozialismus (in seinen Anfängen) aussehen, wenn offensichtlich verschiedene Klassen mit unterschiedlicher ökonomischer Stellung ihn zu verwirklichen haben?

Wenn etwa Arbeiter und Bauern (wie in der Sowjetunion) politisch herrschen, so muss sich das auch ökonomisch auf irgendeine Art und Weise zeigen. Sind die Bauern interessiert an dem Fortbestand des Kleineigentums, der einfachen Warenproduktion, oder führt die vereinte ökonomische Macht von Arbeitern und Bauern über in kollektivere Formen eines sozialistischen Gemeineigentums? Offensichtlich herrschen zunächst die vorher Beherrschten, die die alten Zustände, den Kapitalismus, überwinden. Aber keine

Klasse führt den Kampf gegen die herrschende, wenn sie nicht unter den herrschenden Eigentumsverhältnissen leidet. Dass die vom Kapital unterjochten Schichten das Eigentum bekämpfen, liegt darin begründet, dass sie Nicht-Eigentümer sind. Oder dass sie es zumindest tendenziell sind, da ihnen ihr Eigentum kein ausreichendes Einkommen gewährt. Der weitere Fortgang macht es notwendig, die Formen privaten Eigentums ganz aufzuheben. Die Umwälzung der Verhältnisse kann also nicht das Privateigentum in neuer Blüte aufleben lassen, sondern weist den sozialistischen Gemeineigentümern ihren Platz zu, indem sie sich die Verhältnisse als Ganzes Untertan machen, das heißt, kollektiv die politische wie ökonomische Macht ausüben. Die klassenmäßige Stellung derer, die den Sozialismus erkämpft haben, wird innerhalb des Sozialismus eine andere, als die, die sie im Kapitalismus hatten. Sie werden alle Proletarier, aber Proletarier an der Macht!

### **Eine einzige unlösbar verbundene Kraft**

Lenin spricht im Zuge der Verwirklichung des Sozialismus nicht nur vom engen Bündnis von Arbeitern und Bauern, sondern von der Staatsmacht, die auf diesem Bündnis gründet. „In der Russischen Republik muss von jetzt an der gesamte Aufbau und die gesamte Verwaltung des Staates, von oben bis unten, auf diesem Bündnis beruhen. Nur ein solches Bündnis, das alle direkten und indirekten, offenen und verhüllten Versuche einer Rückkehr zu der durch das Leben verurteilten Politik der Verständigung mit der Bourgeoisie und den Schrittmachern der bürgerlichen Politik zunichte macht, wird den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt sicherstellen.“ (Lenin 1980 A: 322)

Die Bauernschaft hatte sich zugunsten des Sozialismus zu entscheiden, oder andernfalls mit dem Kapitalismus zu gehen, der ihr aber keine Perspektive bieten konnte. Als „die Zeit gekommen war, den Sozialismus in der Praxis zu verwirklichen, erhielten die Bauern die Möglichkeit, diese zwei politischen Hauptlinien klar zu erkennen - Bündnis entweder mit der Bourgeoisie oder mit den werktätigen Massen (...).“ (Lenin 1980 B: 457)

Dass sich die Bauern für den Sozialismus entschieden hatten, beinhaltete aber die Konstellation unterschiedlicher Eigentumsformen, die weiterhin bestehen blieben. Der Bauer war Kleineigentümer und einfacher Warenproduzent, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sollte allerdings auch die einheitliche Kontrolle der Großbetriebe sicherstellen. „Es gibt keinen einzigen Sozialisten, Genossen, der nicht die offensichtliche Wahrheit anerkennt, dass zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus eine lange, mehr oder weniger schwierige Übergangsperiode der Diktatur des Proletariats liegt und dass diese Periode, was ihre Formen betrifft, in vieler Hinsicht davon abhängen wird, ob das kleine oder das große Eigentum, der Kleinbetrieb oder der Großbetrieb vorherrscht.“ (Ebd.)

Für die heutigen Verhältnisse könnte das bedeuten, den Kleineigentümer, Teile der Mittelschichten und der Intelligenz usw. vor die Wahl zu stellen: Beseitigung der allgemeinen Barbarei oder das Festhalten an kleinkrämerischen Restprivilegien. Erst im gemeinsamen Kampf gegen das Kapital erweist sich der Sozialismus als die notwendige Alternative zur bestehenden Ordnung. Der Sozialismus schafft nicht nur bessere Lebensbedingungen für den größten Teil der Menschen, er beseitigt nicht nur Ausbeutung und Unterdrückung, er tritt an, bisher blindwirkende Gesetze zu beherrschen, Krieg und Zerstörung zu beseitigen und die Menschenwürde endlich herzustellen. Die beste Voraussetzung für die Arbeiterklasse, um mit denen in Bündnis zu treten, die auch unter der finanzkapitalistischen Herrschaft leiden, ist es, ein bedeutender Faktor im politischen Kampf zu werden.

## Literatur

Autorenkollektiv (1972). Der staatsmonopolistische Kapitalismus. Berlin

Boccaro, Paul (1976). Studien über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, seine Krise und seine Überwindung. Frankfurt/Main

Engels, Friedrich (1967). Engels an C. Schmidt. 27.10.1890. In: MEW 37. Berlin

Engels, Friedrich (1968). Engels an Friedrich Adolph Sorge. 31.12.1892. In: MEW 38. Berlin

Engels, Friedrich (1981). Zitiert nach: Lenin, W.I. (1981). Staat und Revolution. In: LW 25. Berlin

Engels, Friedrich (1982). Die Trade-Unions. In: MEW 19. Berlin

Goldberg, Jörg/Reusch, Jürgen (2016). Reformalternative und Transformationsdebatte. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Heft 107

Huffschnid, Jörg/Jung, Heinz (1988). Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer. Frankfurt/Main

Kofer, Leo (1992). Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit. Band 2. Berlin

Lenin, W.I. (1980 A). Außerordentlicher gesamtrussischer Kongress der Sowjets der Bauerndeputierten. In: LW 26. Berlin

Lenin, W.I. (1980 B). Dritter gesamtrussischer Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. In: LW 26. Berlin

Lenin, W.I. (1987). Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „Imperialistischen Ökonomismus“. In: LW 23. Berlin

Marx, Karl (1981). Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen. In: MEW 16. Berlin

Nick, Harry (1962). In: Schriftenreihe des Instituts für Politische Ökonomie der Hochschule für Ökonomie. Zur Ökonomie der Übergangsperiode in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Berlin

Wimmer, Ernst (1974). Aphorismen. In: Wespennest. Nr. 16

Wimmer, Ernst (1991). Was hat sich am „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ geändert? In: Weg und Ziel. 2/1991

# **Sorge(arbeit) als Kristallisationspunkt der kapitalistischen Widersprüche? – Überlegungen zu Potentialen in der Arbeit in den Massen**

*Von Marie Jaeger*

Der vorliegende Beitrag ist lediglich ein Anfang von Überlegungen zu Potentialen der Mobilisierung der werktätigen Schichten für die Partei der Arbeit Österreichs (PdA) und die kommunistische Gewerkschaftsinitiative – International (KOMintern).<sup>1</sup> Viele Thesen und Gedanken bedürfen eine Prüfung in der Praxis und ggfs. auch der Debatte, sollen aber eben potentiell den Anstoß für eine solche geben. Basis dieser Überlegungen bilden jüngere Befunde der sozialwissenschaftlichen Forschung, die marxistisch-leninistisch zu rahmen sind, wenngleich dieser Versuch sicherlich noch weiter gedacht und ausformuliert werden müsste.

„Noch besteht eine Hauptform des Klassenkampfes in Österreich in der Verbreitung der Meinung, dass es ihn gar nicht gäbe. Noch erscheint vielen der ‚Grüne Tisch‘ der ‚Sozialpartner‘ nicht als Mittel des Klassenkampfes, sondern als dessen Überwindung, als ein Weg, auf dem auch die Arbeiterschaft mit ihrer Sache irgendwie auf einen grünen Zweig kommen könne.“ (Wimmer 1976: 7) An dieser Zeitdiagnose von Ernst Wimmer hat sich in den letzten 43 Jahren (leider) nichts spürbar verändert. Die sozialdemokratische Spitze in den Gewerkschaften betreibt eine Politik, die kaum bis keinen realen Nutzen für die Arbeiterklasse in Österreich hat und lediglich darauf beruht, das Elend zu verwalten. Mit der Sozialdemokratie in der Opposition wirkt die Arbeit als kommunistische Organisation (subjektiv)

erschwert. Wir dürfen jedoch nicht müde werden zu zeigen, dass der Sozialismus die einzige Alternative zur kapitalistischen Ausbeutung und dem heutigen Elend ist.

Dies muss durch Arbeit an der Basis stattfinden. Ein (Kampf)Feld, das nicht nur in Österreich, sondern auch international Potentiale zu bieten hat, über die sozialpartnerschaftlichen Arrangements hinausweisend mobilisieren zu können, für Streiks und Arbeitskämpfe, auch abseits der gewerkschaftlich normierten Wege, ist der Sorgebereich.<sup>2</sup>

Sorge und Sorgearbeit umfasst alle Bereiche, in denen Arbeit vom Menschen am Menschen und mit dem Menschen (Klinger 2014) stattfindet. Um es fassbarer zu machen, beziehe ich mich auf die Bereiche der Pflege, Kinderbetreuung, sozialer Arbeit, pädagogische Bereiche etc., also soziale Dienstleitungen.<sup>3</sup> Wenngleich es sich bei diesem Kampffeld und Sektor nicht um die Kernschicht der Arbeiterklasse handelt, finden Verschiebungen statt, wodurch Teile dieses Sektors zur Arbeiterklasse zählen und die Relevanz des Sektor zunimmt (vgl. hierzu ausführlich: Schacht 2015). Ein Blick auf dieses Feld ist aus drei Gründen lohnenswert, so die These:

- eine stetig steigende Anzahl an Beschäftigten
- und eine starke Zunahme an Arbeitskonflikten (vgl. Artus et. al. 2017)
- Die historische Vernachlässigung des Bereiches durch Gewerkschaften, wodurch die Verankerung der sozialpartnerschaftlichen Ideologie nicht so stark ausgeprägt ist, wie in traditionell gut organisierten Sektoren.<sup>4</sup>

## Wandel in der Sorge und Sorgearbeit

Die Anforderungen an die Sorgearbeit unterliegt und unterlag in den letzten Jahren und Jahrzehnten international einem starken Wandel. Hier konzentriere ich mich aber allen voran auf Entwicklungen in Europa, wenngleich es auch im Globalen Süden viele positive Schritte in der Regulierung von Domestic Work, als einem Bereich der Reproduktiven Arbeit, gibt.

In unseren Breitengraden kann man die Veränderungen im Bereich der Sorgearbeit vor allem auf drei Haupttendenzen zurückführen:

- Veränderung der Familienstrukturen und demographischer Wandel
- Reformierung der Sozialpolitik nach der Konterrevolution in den sozialistischen Staaten Europas 1989-91
- Öffnung des Gesundheits- und Sozialsystems für die kapitalistische Akkumulationslogik

Österreich ist nach wie vor stark durch das Ideal der bürgerlichen Familie geprägt, weswegen die Sorgearbeit – staatlich gestützt – bis auf wenige Bereiche in der Vergangenheit und vielfach noch heute, unbezahlt von Familienangehörigen (i.d.R. Frauen, Schwiegertöchter, Töchter) zu leisten ist. Lediglich eine kleine Gruppe ist hiervon ausgenommen: Diejenigen, die die reproduktive Tätigkeit an Dienstmädchen o.ä. auslagerten und die Frauen der Arbeiterklasse, die schon früher in die Lohnarbeit integriert waren. Während die zweite Gruppe auf andere Formen der gesellschaftlich geleisteten und leistbaren Sorgearbeit angewiesen war. Die Sozial-, Arbeitsmarkt-, Familien- und Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien förderte und fördert diese Organisation von Sorgearbeit. Es war und ist billiger als diese Tätigkeiten in Form von bezahlter Arbeit zu leisten und stabilisiert die Kleinfamilie, welche für die Reproduktion des Kapitalismus elementar ist.

Mit der Konterrevolution in den sozialistischen Staaten Europas veränderte sich auch in Österreich das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Die drohende Systemkonkurrenz hat das Kapital in seinen Übergriffen relativ eingedämmt. Mit der Konterrevolution und den in der Folge auch vermehrt schwächer werdenden Massenorganisationen der Arbeiterschaft veränderte sich auch die gesellschaftliche Organisation von Produktion und Reproduktion.

Seit den 1990er Jahren kann man in der EU und in Europa einen einheitlichen Trend in der Sozialpolitik identifizieren. Prominent ist der Begriff der aktivierenden Sozialpolitik, welche das Paradigma verfolgt, alle Arbeitsfähigen auch unter widrigsten Bedingungen in den Arbeitsmarkt zu integrieren (Lessenich 2009). Das Modell des Ma-

le-Breadwinners soll durch den Adult Worker, welcher lediglich als Arbeitskraft, ohne Berücksichtigung der Reproduktion und anderen Bedürfnissen, durch die bürgerliche Politik konstruiert werden (Lewis 2001). Dieser Wechsel geht Hand in Hand mit einer zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungs- und Finanzsektors in den Zentren des Kapitalismus. Unterstützt durch Politiken und Beschlüsse der EU wird in allen Staaten die Integration der Frauen in den Lohnarbeitsmarkt forciert. Dies ist für das Kapital doppelt gut, da Frauen historisch als Zuverdienerinnen in den bürgerlich-kapitalistischen Staaten galten und somit auch heute noch gewillt sind, trotz Unterbietung von Arbeitsmarktstandards zu arbeiten, wobei die Reservearmee vergrößert wird<sup>5</sup>. „Der Wandel der Arbeitswelt wird im ÖGB [gleichzeitig; Anm. M.J.] überhaupt nicht abgebildet, er beschränkt sich auf die Vertretung einer immer kleiner werdenden Zahl von Beamten, öffentlich Bediensteten und relativ gut verdienenden Schichten der Arbeiterklasse in der Industrie [...].“ (PdA 2018: 16f), wodurch die Ungleichzeitigkeiten zunehmen und bestimmte Gruppen der Werk-tätigen auch weiterhin kaum organisiert bleiben.

Durch diese Integration der Frau in den Lohnarbeitsmarkt, stellt sich jedoch die Frage, wie Sorgearbeit unter welchen Bedingungen von wem geleistet wird, um den Fortbestand der Gesellschaft und des Kapitalismus ganz basal sicherzustellen. Oder noch weitergedacht, die Wettbewerbsfähigkeit der bürgerlichen Staaten zu gewährleisten. Um diesen Fragen zu begegnen, wurde der aktivierenden Sozialpolitik ein weiteres Element zur Seite gestellt, die sogenannte sozialinvestive Politik (Esping Anderson 2002). Diese Politik zielt allem voran darauf ab, dass Politik nach Prämissen des Returns organisiert wird. Welche Investitionen durch den Staat bringen langfristig einen Return und sind somit produktive Ausgaben und welche sind sogenannte absorbierende Ausgaben. Anhand der Sorgearbeit lässt sich dieses Kredo leicht zusammenfassen: Je kleiner/jünger der Mensch ist, umso größer der Return, weil diese Person potentiell die Kompetenzen, die für den Erfolg im Wettbewerb zwischen den bürgerlich-kapitalistischen Staaten notwendig sind, noch erlernen kann. Life Long Learning – was auf Personen im erwerbstätigen Alter abzielt – soll sicherstellen, dass Menschen länger die notwendigen Kompetenzen für „Arbeitsmark-

terfolg“ haben und diese ständig weiterentwickelt werden. Absorbierende Kosten sind jedoch im Bereich der Pflege ganz klar zu finden. Wer einmal ein Pflegefall ist, ob durch chronische Krankheit oder altersbedingte Multimorbidität, ist nicht mehr als Arbeitskraft in den Lohnarbeitsmarkt integrierbar.

Gleichzeitig findet eine Öffnung des Gesundheitssektors für private Investoren statt und der bürgerliche Staat baut unter den skizzierten Ideen, die in der Sozial-, Familien-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik unter der Prämisse des sogenannten New Public Managements seine Steuerungsweise ebenfalls um und entspricht hierdurch der Logik der kapitalistischen Kapitalakkumulation einmal mehr. Sorgearbeit wird durch diesen Prozess grundlegend verändert, die Prämisse einer angemessenen und menschenwürdigen Sorge für Menschen, die auf diese angewiesen sind, wird der des Kapitalismus untergeordnet und soll nach dessen Maßgaben geleistet werden. Eine Outputorientierung greift in vielen Sorgebereichen um sich, weswegen nicht-sorgende Tätigkeiten einen immer größeren Raum einnehmen und Aspekte der Messbarmachung<sup>6</sup> immer mehr in den Vordergrund geraten. Es wird versucht, durch solche und weitere Maßnahmen der Reorganisation, Sorgearbeit zu einer produktiven Arbeit umzugestalten, wodurch sie dem Wertgesetz unmittelbar unterworfen wird.

In den Sozialwissenschaften wird dieser Prozess häufig als Ökonomisierung, Rationalisierung oder Taylorisierung bezeichnet. In der Pflege nehmen bspw. Aspekte der Dokumentation und sogenannte Fallkostenpauschalen zu. Arbeit muss messbar sein und das Patientenwohl steht nicht im Zentrum der Arbeit, sondern Kostenrechnungen. Ähnliches lässt sich für Kinderbetreuung attestieren, in der „Bildungsfortschritte“ messbar gemacht werden sollen und die Pädagogen ebenso wie die Assistenten vermehrt Aufgaben übernehmen, die eine Operationalisierung des Fortschrittes darstellen sollen. Im Kontext der Forschung zu Kindern gibt es ebenfalls den Befund, dass diese als Becomings, mit Perspektive auf „Schul- und Arbeitsmarkterfolg“, statt als Beings behandelt werden (Lister 2008).<sup>7</sup> Dem steht gegenüber, dass die Organisation von Sorge und Sorgearbeit nur begrenzt rationalisierbar ist oder es zumindest zu hinterfragen ist, wie

weit dies sozial und gesellschaftlich nachhaltig/vertretbar ist. Wer sollte Sorgearbeit organisieren und zur Verfügung stellen und unter welchen Bedingungen und Maßgaben? Hier sollte dem besonderen Charakter und der besonderen Bedeutung dieser Tätigkeiten für eine Gesellschaft Rechnung getragen werden.

## **2. Die Zunahme von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit und um Sorge**

Sorgearbeit ist eine bestimmte Form der Arbeit. Sie „zielt auf den Erhalt und die Förderung der körperlichen, emotionalen und sozialen Fähigkeiten von Personen, die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse unter jeweils besonderen Bedingungen und in (etwa nach Lebensalter, Gesundheitszustand) variierenden Konstellationen“ ab (Artus et al 2017: 14). Die Patienten, Klienten o.ä. sind auf die Sorgearbeiter auf je verschiedene Weise und in unterschiedlichem Ausmaß angewiesen, wodurch eine gewisse Machtasymmetrie aufkommt, aber gleichzeitig vielfach auch ein gewisses Verantwortungsgefühl. In der Sorgearbeit spielen Emotionen und Emotionsarbeit, anders als in manchen anderen Arbeitsbereichen eine wichtige Rolle. „Empathisches Handeln und die Fähigkeit, sich in das soziale Gegenüber hineinzusetzen, aber auch sich abzugrenzen, ist für die erfolgreiche Durchführung von Care-Arbeit ebenso notwendig wie ein Bewusstsein für die spezifischen – erzieherischen, pflegerischen, bildungsbezogenen etc. – Arbeitsziele, die über die konkrete Interaktionssituation hinausreichen.“ (Artus et al 2017: 16)

Diese Besonderheiten der Sorgearbeit wurden lange Zeit – vor allem auch von Gewerkschaften und Betriebsräten – als Hindernis für Interessenhandeln und Arbeitskampf eingeschätzt. Durch die in der jüngeren Vergangenheit zunehmend wahrnehmbaren Widersprüche zwischen kapitalistischem Profitstreben und menschlichen Bedürfnissen im Feld der Sorgearbeit, erhärtet sich jedoch die These, dass dies als mobilisierender Faktor wirkt. Sorgende Tätigkeiten stehen nämlich in ihrem Charakter, zumindest in Teilen, im Widerspruch zu den beschriebenen Tendenzen, dass Sorgearbeit dem Wertgesetzt untergeordnet wird und durch diesen Umbau der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit hervortritt.

Flächendeckende Streiks im Sozial- und Erziehungswesen im öffentlichen Dienst in Deutschland, lokale Streiks in Krankenhäusern, über das gesamte Bundesgebiet verteilt, die in hoher Intensität geführt werden, sind Ergebnis daraus (Übersicht im Band: Artus et. al 2017). Aber auch Aktionen in jüngerer Zeit, wie Streiks und die Organisation von polnischen 24h-Pflegern in der Schweiz (Schillinger 2015) durch UNIA, oder Proteste in Skandinavien im Bereich der mobilen Altenpflege, ebenso wie Proteste gegen die Gesundheitsreformen in Polen (Kubisia 2014), zeigen deutlich, dass hier viel Potential besteht. Auch in Österreich wurde in den letzten beiden Verhandlungsrunden, unter einer großen Mobilisierung, auch durch die KOMintern, im Bereich der Sozialwirtschaft gestreikt. Bereits vor etwa 10 Jahren fanden im Bereich der Kinderbetreuung, inspiriert durch die „unibrennt“-Bewegung, sowie die Streiks in Deutschland, Proteste des Kollektivs Kindertagenaufstand statt (vgl.: kindertagenaufstand.at und GPA djp sowie ÖDKH).

Diese Arbeitskämpfe fanden teils mit Unterstützung oder initiiert durch Gewerkschaften statt, waren aber in weiten Bereichen durch Basisinitiativen dominiert, welche von der Führung der österreichischen Gewerkschaften wenig erwarteten und teilweise auch abseits der sozialpartnerschaftlich normierten Wege verliefen.<sup>8</sup> So besteht potentiell Raum für die Organisation von und die Arbeit in Komitees an der Basis. Die Beschäftigten im Sorgebereich fühlen sich vielfach durch gewerkschaftliche Strukturen nicht repräsentiert oder ernstgenommen, wodurch in manchen Bereichen eine Art Vakuum herrscht, wobei der „Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates [hier] in der täglichen Erfahrung und dem schwierigen Kampf, die modernen Bedürfnisse zu befriedigen,“ am Besten zu erkennen ist. (Kolias 2018: 77).

Gleichzeitig sind im Sorgebereich potentiell Allianzen der Sorgearbeiter mit den Angehörigen, die diese Widersprüche ebenfalls wahrnehmen, möglich. Im Bereich der Sorge, scheint die kapitalistische Akkumulationslogik an Grenzen zu geraten, da die Bedürfnisse von Menschen, die auf die Sorge von anderen angewiesen sind, nicht nach dieser Maßgabe zu befriedigen sind. Diese Grenzen müssen wir an-

hand der Arbeits- und Lebenserfahrungen aufzeigen und organisierend eingreifen, in der Gewerkschaft aber auch in unseren Basisorganisationen.

### 3. Wie?

Die PdA könnte als klassenorientierte Kraft das beschriebene Vakuum – gemeinsam mit KOMintern und ggfs. (wenn auch nur punktuell) KJÖ und KSV – füllen und zwar in Form einer „sozialen Klassenbewegung „von unten“ mit einer antimonopolistischen und antikapitalistischen Ausrichtung, also gegen den Kapitalismus und Imperialismus, die Herrschaft des Kapitals und der Monopole selbst“ (Kolias 2018: 74). Hierbei könnten – neben konkreten Forderungen für die Sorgearbeiter – Fragen ins Zentrum gestellt werden, wie man Sorge und Sorgearbeit eigentlich organisieren sollte. Ist eine gesellschaftlich und humanitär adäquate Form der Sorge für sich und andere in kapitalistischen Verhältnissen möglich? Und eben hierdurch kann über die Grenzen des Systems hinweg gedeutet werden. Ein Blick auf dieses Feld ist weiters notwendig und lohnenswert, da wir alle in dem einen oder anderen Bereich, in je verschiedenem Ausmaß, in Arbeit und/oder Leben, mit dem Sorgebereich in Kontakt kommen und diese Widersprüche tagtäglich erleben.

Die Form, in welcher die Füllung oder Bearbeitung geschehen soll, kann nicht in diesem Artikel erarbeitet werden. Es ging lediglich um das Aufzeigen von Potentialen. Die PdA hat gemeinsam mit der KOMintern im Bereich der Sorgearbeit<sup>9</sup> bereits Aktivitäten entfaltet, an die man, nach einer Analyse des Feldes systematisch anschließen könnte.

### Anmerkungen

1) „Es ist vor allem die Arbeiterklasse, welche führend im Kampf gegen die Langzeitoffensive des Kapitals und seine Regierung sein muss. Dazu muss sie den „sozialpartnerschaftlichen“, unternehmerfreundlichen Kräften in Gewerkschaften, Arbeiterkammer und allen Massenorganisationen ihr Vertrauen entziehen und den Kampf

gemeinsam mit den Kräften des Klassenkampfes aufnehmen. Es braucht starke, klassenorientierte Gewerkschaften und Massennorganisationen.“ (PdA 2018: 23)

2) Im Artikel wird aufgrund der Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet, wenngleich dies im behandelten Bereich keinesfalls repräsentativ für die Arbeitenden ist. In Österreich sind bspw. über 80% der diplomierten Krankenpfleger Frauen oder in der Kinderbetreuung liegt der Anteil der weiblichen Beschäftigten bei 98%, um nur zwei Kernbereiche der bezahlten Sorgearbeit zu nennen.

3) Sorge umfasst aber nicht nur den Bereich der regulierten Lohnarbeit sondern auch den Bereich der unbezahlt geleisteten Arbeit. Hierauf wird an dieser Stelle jedoch nicht detailliert eingegangen, weil die Personen, welche diesen Teil der Sorgearbeit leisten, nicht im Zentrum des vorliegenden Betrages stehen und nur als potentielle Bündnispartner in diesem Kontext berücksichtigt werden. Wenngleich dies keine Geringschätzung dieser Gruppe und Arbeit bedeutet, sondern durch den Blickwinkel bedingt ist.

4) Wenngleich auch zu beachten ist, dass wahrscheinlich auch das Klassenbewusstsein in diesem Sektor recht gering ist, u.a. dadurch, dass der Staat und NPO's ebenso wie die Unternehmen als Träger vielfach nicht als Kapitalist oder Ausbeuter wahrgenommen werden, was an der Art der Organisation von Sorgearbeit liegt.

5) Siehe hierzu auch ausführlich mit historischer Perspektive Clara Zetkin (1889). Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. Berliner Arbeiterbibliothek. Heft III. Berlin, 8-14.

6) Bspw. Dokumentationen, Reflexionen, Zielvereinbarungen etc.

7) Diese zwei Aspekte sollen stellvertretend für die Ökonomisierungstendenzen herangezogen werden, wobei die meisten Bereiche der sozialen Dienstleistungen solchen „Restrukturierungsmaßnahmen“ durch Marktöffnung und NPM unterliegen. Gleichzeitig treten auch Phänomene wie 24h-Pflege oder Nannys als Lösung für den Um-

gang mit diesen Tendenzen in der Pflege für gut Bürgerliche, die sich dies leisten können, auf. Diese Beschäftigungsverhältnisse unterbieten Sozial- und Arbeitsmarktstandards noch einmal um ein Vielfaches und werden mit hohen Gewinnen durch Großkonzerne, die als Agenturen fungieren, vermittelt.

8) Die nachfolgende Ausführung ist nicht auf die Bereiche bezogen, in denen wir bereits Strukturen aufgebaut haben und es sollen diese auch keineswegs delegitimiert werden. Es geht lediglich um Überlegungen abseits von bestehenden Strukturen eigene, weitere aufzubauen.

9) Zu nennen ist die Arbeit im Zuge der Streiks und Protest in der Sozialwirtschaft ebenso wie die Initiative bzgl. der Beschäftigungsbedingungen im AKH.

## **Literatur**

Artus, Ingrid/Birke, Peter/Kerber-Clasen, Stefan/Menz, Wolfgang (Hg.) (2017): *Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen*. Hamburg

Esping-Andersen, Gøsta/Gallie, Duncan/Hemerijck, Anton/Myles, John (Hg.) (2002). *Why we need a new welfare state*. New York

Partei der Arbeit Österreich (2018). *Widerstand, Klassenkampf, Solidarität. Resolution des 3. Parteitages der Partei der Arbeit Österreichs*. Wien, 17. Februar 2018. In: *Einheit und Widerspruch*. Heft 6

Klinger, Cornelia (2014). *Selbstsorge oder Selbsttechnologie? Das Subjekt zwischen liberaler Tradition und Neoliberalismus*. In: Brigitte Aulenbacher und Maria Dammayr (Hg.): *Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care*. Weinheim und Basel

Kolias, Georgios (2018). *Die PdA an der Spitze des Klassenkampfes – Zur revolutionären Strategie und Praxis der PdA angesichts der Herausforderungen unserer Zeit*. In: *Einheit und Widerspruch*. Heft 6

Kubisa, Julia (2014). Health care system and situation of nurses and midwives. Against the race to the bottom. In: Kurswechsel (1)

Lessenich, Stephan (2009). Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. 2. Aufl. Bielefeld

Lewis, Jane (2001). The Decline of the Male Breadwinner Model. Implications for Work and Care. In: Social Politics. International Studies in Gender, State & Society 8 (2)

Lister, Ruth (2008). Investing in children and childhood. A new welfare policy paradigm and its implications. In: Arnlaug Leira und Chiara Saraceno (Hg.). Childhood. Changing contexts

Schacht, Selma (2015). Klassentheorie – Klassenanalyse – Arbeiterklasse. In: Einheit und Widerspruch. Heft 2

Schillinger, Sarah (2015). „Wir sind doch keine Sklavinnen!“ Polnische Care-Arbeiterinnen in der Schweiz organisieren sich selbst! In: Denknetz

Wimmer, Ernst (1976). Vorwort. In: Abteilung des ZK der KPÖ für marxistische Bildungsarbeit und Propaganda (Hg.): Marxismus-Leninismus. Grundkurs der KPÖ. Wien

Zetkin, Clara (1957). Frauenarbeit und gewerkschaftliche Organisation. In: Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Stuttgart, 1. November 1893. In: Clara Zetkin (Hg.). Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften (1). Online verfügbar unter: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/zetkin/1893/11/gewerk.htm>